

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Kurz- und Wortprotokoll der 36. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 25. Januar 2023, 09:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus - Sitzungssaal 4.300

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Nationaler Bildungsbericht - Bildung in Deutschland 2022 und Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 20/4980

Seite 6

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Sportausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:

Abg. Katrin Zschau [SPD]
Abg. Daniela Ludwig [CDU/CSU]
Abg. Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]



Tagesordnungspunkt 2

Seite 13

Expertengespräch "Exzellenzinitiative Berufliche Bildung und Sicherung der Ausbildungsqualität" mit

Kristof Becker

DGB-Bundesjugendsekretär

Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand

Dr. Volker Born

Abteilungsleiter Berufliche Bildung
Zentralverband des Deutschen Handwerks

Prof. Dr. Michael Heister

Leiter Abteilung 4, Initiativen für Berufsbildung
Bundesinstitut für Berufsbildung

Prof. Dr. Susan Seeber

Ständige Wissenschaftliche Kommission der
Kultusministerkonferenz

Selbstbefassung 20(18)SB-38

Tagesordnungspunkt 3

Seite 31

Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Nicole Gohlke, Gökyay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Planbarkeit und Verbindlichkeit in den Programmlinien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sicherstellen

BT-Drucksache 20/4306

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Berichterstatter/in:

Abg. Oliver Kaczmarek [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 4

Seite 34

Ausschussinterne Vereinbarungen zur Inneren Organisation des Ausschusses in der 20. Wahlperiode

Ausschussdrucksache 20(18)1neu

Berichterstatter/in:

Abg. Oliver Kaczmarek [SPD]
Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]



Tagesordnungspunkt 5

Seite 35

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Nationale Moorschutzstrategie

BT-Drucksache 20/4427

Federführend:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]
Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 6

Seite 35

a) Gesetzentwurf des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung digitaler Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht

BT-Drucksache 20/2532

Federführend:

Rechtsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat
Sportausschuss
Finanzausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Barbara Lenk [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]



Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

b) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU

**Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung digitaler
Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht**

BT-Drucksache 20/4318

Federführend:

Rechtsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Sportausschuss

Finanzausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]

Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]

Abg. Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Ria Schröder [FDP]

Abg. Barbara Lenk [AfD]

Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]



Teilnehmende Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rhie, Ye-One Rosenthal, Jessica Seitzl, Dr. Lina Stüwe, Ruppert Wagner, Dr. Carolin Wallstein, Maja Zschau, Katrin	
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Beyer, Peter Connemann, Gitta Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin	Rupprecht, Albert Schön, Nadine
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene Stahr, Nina	
FDP	Boginski, Friedhelm Funke-Kaiser, Maximilian Heidt, Peter Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Frömming, Dr. Götz Kaufmann, Dr. Michael	
DIE LINKE.	Gohlke, Nicole	



Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Nationaler Bildungsbericht - Bildung in Deutschland 2022 und Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 20/4980

Der **Vorsitzende Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) leitet in den Tagesordnungspunkt 1 zum Nationalen Bildungsbericht ein. Der federführende Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung werde durch den Bildungsbericht alle zwei Jahre über den aktuellen Stand und die Herausforderungen des deutschen Bildungssystems informiert. Er sei zentraler Bestandteil des „Monitorings“ im Bereich Bildung in Deutschland. Der Bericht werde von unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unter Federführung des „Leibniz Instituts für Bildungsforschung und Bildungsinformation“ im Auftrag der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstellt. Er helfe bildungspolitische Herausforderungen und Entwicklungen zu erkennen und solle auf wissenschaftsbasierter Datengrundlage politische und öffentliche Debatten anregen. Bei dem diesjährigen Bericht stehe das Bildungspersonal im Fokus. Angesichts des Nachwuchs- und Fachkräftemangels sei dies bedeutend.

PStS **Dr. Jens Brandenburg** (BMBF) stellt zunächst fest, dass das Ziel des Bildungsberichts sei, Herausforderungen zu erkennen, datenbasierte Grundlagen für Handlungsentscheidungen bereitzustellen und damit auch politische Debatten auf allen Ebenen im föderalen System anzuregen. Zu den Herausforderungen gehöre der Lehrkräftemangel, der massive Sanierungsstau in vielen Bildungseinrichtungen und fehlende Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Für diese Themen seien die Länder zuständig. Die Bundesregierung unterstütze die Länder und Kommunen innerhalb des kompetenzrechtlichen Rahmens. Der Koalitionsvertrag fordere eine neue Kultur der Bildungszusammenarbeit. Der aktuelle Bildungsbericht zeige die Notwendigkeit eines Schulterschlusses zwischen Bund, Ländern und Kommunen, aber auch positive Entwicklungen.

Bei der Entwicklung des Bildungsstands der Gesamtbevölkerung zeichne sich ein positiver Trend ab. In den letzten zehn Jahren sei der Anteil von Menschen, die über einen höheren Bildungsabschluss verfügten, um fünf Prozentpunkte auf 26 Prozent gestiegen. Auch setze sich der Ausbau der Kindertagesbetreuung fort. Zwischen 2006 und 2021 seien 9.400 zusätzliche Kitas entstanden. Seit 2010 steigerten sich kontinuierlich die Bildungsausgaben und seien verstärkt für die Digitalisierung von Bildungseinrichtungen eingesetzt worden.

Der Bildungsbericht zeige jedoch wiederholt andauernde und sehr große Herausforderungen auf. Es gebe weiterhin einen starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund seien überproportional häufig von Risikolagen betroffen. Ursächlich dafür sei die jeweilige sozioökonomische Situation. Diese überdurchschnittliche Risikolage betreffe auch Kinder alleinerziehender Eltern. Jedes fünfte Kita-Kind spreche zu Hause überwiegend eine nichtdeutsche Familiensprache und der Wortschatz dieser Kinder weise ein Gefälle nach höchstem Bildungsabschluss der Eltern auf. Der Abbau dieser sozialen Ungleichheiten in den Bildungslaufbahnen bleibe eine sehr große Herausforderung. Der Koalitionsvertrag benenne diese Herausforderung zu einem Kernthema der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode. Beispiele wie das Startchancen-Programm, die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“, die „Weiterbildungsinitiative frühpädagogischer Fachkräfte“ und die Leseförderung seien wichtige Beiträge zur Zielerreichung.

Abg. **Katrin Zschau** (SPD) legt den Fokus zunächst auf den Bereich der beruflichen Ausbildung. Der Bildungsbericht komme zu den gleichen Befunden wie der „Berufsbildungsbericht 2022“ und der „Monitor Ausbildungschancen 2023“. Das duale System, das Schulberufssystem und das Übergangssystem als die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems veränderten sich deutlich. Der Fachkräftemangel beim Lehr- und Ausbildungspersonal zeige sich in allen Sektoren. Die Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze verringere sich und auch die Nachfrage von Jugendlichen nach einem Ausbildungsvertrag im



dualen Bereich sinke. Dies führe dazu, dass auf der einen Seite zahlreiche unversorgte Ausbildungsinteressierte ständen und auf der anderen Seite Betriebe über unbesetzte Ausbildungsplätze klagten. Annähernd 2,16 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 34 Jahren verfügten über keinen Berufsabschluss. Jungen Erwachsenen mit maximal erstem Schulabschluss und mit Migrationshintergrund gelinge immer weniger die Aufnahme einer Ausbildung oder sie brächen häufiger die erste Ausbildung ab. Die Erwartungen der Jugendlichen und die betrieblichen Gegebenheiten und Voraussetzungen stimmten oft nicht überein.

Sie fragt daher abschließend die Bundesregierung, welche Möglichkeiten diese in der Zusammenarbeit mit den Ländern sehe, um die Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsmarkt auszugleichen und die hohe Ausbildunglosigkeit von Erwachsenen aktuell und in Zukunft zu verringern. Zudem möchte sie wissen, ob aus Sicht der Bundesregierung eine Ausbildungsgarantie einen Beitrag leisten könnte, welche Bedingungen diese zu ihrem Gelingen habe und welche Wege mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales bereits gegangen wurden.

Abg. **Daniela Ludwig** (CDU/CSU) fällt zunächst auf, dass der Nationale Bildungsbericht weitestgehend positiv ausgefallen sei und dies das Ergebnis der Bildungspolitik unter der großen Koalition sei. Der Bericht lobe beispielsweise ausdrücklich die Sprach-Kitas, die jedoch nicht verlängert worden seien. Die Bundesregierung habe richtigerweise das Thema Migrationshintergrund und Aufwachsen von Kindern in Haushalten, in denen kein Deutsch gesprochen werde, in den Fokus gerückt. Daraus resultierende fehlende Deutschkenntnisse übertrügen sich auf die Schulen. Man wisse von Expertinnen und Experten, dass man möglichst früh mit der Vorbeugung beginnen müsse. Diese Vorbeugung solle bundesweit angesteuert werden. Die Bundesregierung habe jedoch gegenteilige Entscheidungen getroffen.

Sie fragt die Bundesregierung was aktuell mit den Ländern zur „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ verhandelt werde und ob es schon konkrete Ergebnisse dazu gebe. Sie fragt darüber hinaus, ob es seitens der Bundesregierung Überlegungen gebe für eine bundeseinheitliche Evaluierung zur

Schaffung einheitlicher Standards über alle Schularten hinweg. So könne man sehen an welchen Punkten die Bundesseite einschreiten solle.

Abg. **Nina Stahr** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hebt hervor, dass der Fokus auf das pädagogische Personal im diesjährigen Bildungsbericht sehr gut sei. Ohne gut ausgebildetes und motiviertes Personal könne weder eine Kita noch eine Schule oder andere Bildungseinrichtung gut arbeiten. Der Bildungsbericht und das Schulbarometer zeigten die großen Herausforderungen durch den Fachkräftemangel im Bildungsbereich. Das gelte insbesondere für den fröhkindlichen Bereich und auch im weiteren Bildungsverlauf. Die Ampelkoalition gehe diese Probleme jetzt konsequent an. Sie stelle mit dem „Kita-Qualitätsgesetz“ 4 Milliarden Euro zur Verfügung, die zur Entlastung von Fachkräften in den Kitas sorgen werde, beispielsweise durch Entlastung der Kita-Leitung durch Verwaltungskräfte oder für die Qualifikation der Fachkräfte. Die Aussage der Abg. Ludwig zum Auslaufen der Sprach-Kitas sei daher unrichtig, da die Sprachförderung ein Schwerpunkt dieses Gesetzes sei. Mit der Fachkräftestrategie der Bundesregierung werde man ressortübergreifend tätig und mit den Reformen im Einwanderungsrecht hole man vermehrt Fachkräfte nach Deutschland. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend arbeite mit Hochdruck an einer Gesamtstrategie zur Fachkräftegewinnung im Bereich der fröhkindlichen Bildung. Man wolle dafür einen bundeseinheitlichen Rahmen schaffen. Mit dem Startchancen-Programm hole man zusätzliches Personal in die Schulen, weil die Schulsozialarbeit Lehrkräfte entlaste. Das werde dazu beitragen, dass der Bildungserfolg von der Herkunft entkoppelt werden kann. Dabei seien auch die Länder gefragt. Man müsse zu einer länderübergreifenden Strategie finden, um die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte attraktiver zu gestalten.

Abg. **Ria Schröder** (FDP) merkt an, dass Abg. Ludwig eine Unkenntnis über die Zuständigkeiten in zweierlei Hinsicht offenkundig ist. Zum einen sei die fröhkindliche Bildung im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und somit nicht in der Zuständigkeit des Ausschusses. Zum anderen liege



die Zuständigkeit für die Kitas in erster Linie bei den Ländern.

Hinsichtlich des Nationalen Bildungsberichtes sei es zunehmend schwer die passenden Begrifflichkeiten von alarmierend bis besorgniserregend zu finden. Die ständigen Berichte offenbarten ein strukturelles Problem bei der ordnungsgemäßen Finanzierung von Bildung. Das hindere die Problemlösung. Bund, Länder und Kommunen müssten hierbei zusammenarbeiten. Der Bericht habe gezeigt, dass soziale Herkunft und Bildungserfolg zusammenhingen. Kitas und Schulen müssten der Ort sein, die diese Unterschiede kleiner machen. Momentan funktioniere das aber noch nicht. Es sei daher wichtig, diese Probleme strategisch und systematisch anzugehen und dort, wo sie besonders groß sind, mehr zu investieren. Das Startchancen-Programm bilde den Rahmen für die längerfristige Bekämpfung sozioökonomischer Unterschiede. So bekämen Kinder ungeachtet ihrer Herkunft eine Chance. Der Bericht zeige, dass der Lehrkräftemangel nicht kleingeredet werden könne. Zwar nehme die Zahl von Bildungspersonal zu, jedoch sei die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Bildung größer geworden. Eine Mutter habe von 50 entfallenen Unterrichtsstunden in vier Monaten berichtet. Schulen müssten an dieser Stelle neu gedacht werden. Lehrerinnen und Lehrern sollten sich auf den Unterricht konzentrieren können. Lehrkräfte sollten von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Verwaltungsfachkräften unterstützt werden. Abhilfe könne ein Bürokratieentlastungsgesetz, ähnlich wie das wirtschaftliche Pendant, sein. Schulen müssten von Bürokratie entlastet werden, damit diese zu einem Ort für Bildung werden, an denen Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler wieder Lust an der Sache hätten. Das sollten sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam vornehmen.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD) spricht drei für ihn wesentliche Punkte an. Zum einen sei der Föderalismus nicht das ursächliche Problem. Viele Probleme der Länder seien durch Entscheidungen des Bundes hervorgerufen, so beispielsweise der massive Zuzug aus unterschiedlichen Ländern. Das Bildungssystem könne dies mit dem derzeitigen Personal- und Raumbestand nicht

auffangen. Hier sei die Hilfe des Bundes notwendig. Daraus dürfe man allerdings nicht den Ländern die Kompetenzen streitig machen.

Er fragt hinsichtlich der Bildungsstandards und mehr formalen und höheren Bildungsabschlüssen, wie diese im Zusammenhang mit Lernstandserhebungen und Pisa-Rankings, die gegenteiliges bewiesen, stehen könnten. Das verdeutliche, dass viele Schülerinnen und Schüler trotz hoher formaler Abschlüsse immer weniger könnten. Durch die „Inflation der Abschlüsse“ erwarteten selbst betriebliche Ausbildungen inzwischen Abitur. Hinsichtlich der sozialen Ungleichheit fragt er, ob die Bundesregierung von wirklicher Diskriminierung in den Schulen ausgehe und was dafür ursächlich sei. Die Rolle der Eltern bleibe nach wie vor entscheidend. Man müsse auch die Ergebnisse aus den USA heranziehen. Demnach hänge Schulerfolg zu einem Stück nicht von den sozialen Umständen ab, sondern vermutlich zu 60 Prozent von der ererbten Intelligenz. Die Förderung des Staates habe da ihre Grenzen.

Abg. **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.) bezeichnet den Nationalen Bildungsbericht als einer der substanziellsten und wichtigsten Bildungsstudien. Es sei jedoch bedenklich, wenn so viel gemessen und erhoben werde, man aber nicht die entsprechenden Schlüsse daraus ziehe. Die Bundesregierung habe kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungs- und Handlungsproblem. Schülerinnen und Schüler aus sozial schwächeren Elternhäusern besuchten deutlich seltener höherqualifizierte Schularten und Bildungsgänge als Gleichaltrige mit hohem Sozialstatus. So beständen bereits im Grundschulalter Leistungsrückstände von bis zu einem Jahr. Eine spürbare Entkopplung von erreichten Kompetenzen und sozialer Herkunft lasse sich in den letzten 20 Jahren ebenso wenig feststellen, wie eine nennenswerte Reduzierung des Anteils kompetenzschwacher Schülerinnen und Schüler insgesamt. Demnach wisse man bereits seit 20 Jahren über die Problematik Bescheid, ohne dass sich dabei etwas getan habe. Die Bundesregierung nenne in ihrer Stellungnahme auch nur Programme und Projekte, die es schon gebe. Die Programme seien für sich genommen teilweise sinnvoll, aber sie seien nicht ausreichend. Die Länder und Kommunen könnten den Sanierungsstau und



Schulneubau, den Fachkräftemangel, die Inklusion und alle weiteren Probleme des Berichts nicht allein schultern.

Sie fragt daher, wie die Bundesregierung diese Gemeinschaftsaufgabe definiere und welche Bildungsbereiche – neben der Digitalisierung – der Bund mitfinanzieren werde. Eine „Bildungsmilliarden“ reiche nicht aus. Sie fragt darauf aufbauend, ob der Bund diese Milliarde zusätzlich zum Startchancen-Programm in Höhe von 2,5 Milliarden Euro investiere oder ob es sich um eine Reduzierung handle.

Zur Beantwortung der gestellten Fragen weist der PStS **Dr. Jens Brandenburg** (BMBF) zunächst auf die „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“ und die mit den Ländern abgestimmten „Bildungsketten“ hin. Damit werde den Ländern ermöglicht, dass diese in Kooperation jeweils eigene leichte und passgenaue Schwerpunkte setzen könnten. Die Bildungsketten seien exemplarisch ein besonders erfolgreiches Instrument. Dafür habe man in der Bundesregierung verschiedene Ressorts und Zuständigkeiten verteilt. Bezüglich der Ausbildungsgarantie sei man ressortübergreifend in einem sehr engen Austausch. Hinsichtlich der Frage der außerbetrieblichen Ausbildung setze die Bundesregierung den Fokus auf Regionen, in welchen es eine erhebliche Unterversorgung an Ausbildungsplatzangeboten gebe. Im Regelfall suchten Unternehmen und Betriebe händeringend nach Bewerbern und Bewerberinnen. Der Schwerpunkt im Bundesministerium für Bildung und Forschung sei dabei die Kontaktvermittlung zwischen Bewerberinnen und Bewerbern mit den Betrieben. Diese Förderung müsse vorrangig das oberste Ziel sein, insbesondere im Bereich der Berufsorientierung. Das sei kein Gegeneinander, sondern ein komplementäres Miteinander mit den Plänen zur Ausbildungsgarantie im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der Bildungsbericht gebe gute und valide Auskunft über die aktuelle Lage. Er sei keine Policy-Evaluation einzelner Maßnahmen. Man komme daher nicht weiter, wenn man „Fleißkerzen“ oder Kritik für Maßnahmen der Vergangenheit verteile, sondern indem man gemeinsam mit Ländern und Kommunen die Probleme angehe.

Die Federführung bezüglich des Kita-Qualitätsgesetzes liege beim Bundesministerium

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Auch da sei man in einem engen Austausch. Für das Bundesprogramm Sprach-Kitas habe die Bundesregierung übergangsweise die Finanzierung für weitere Monate sichergestellt, sodass alle Länder die Möglichkeit hätten im Rahmen der umfangreichen Finanzierung die landesspezifischen Strukturen durchzuführen. Zahlreiche Länder hätten dies bereits verkündet. Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ laufe noch bis Ende 2023. Die Gespräche mit den Ländern hinsichtlich einer Fortführung seien noch nicht abgeschlossen. Die Bundesregierung habe zwar ein klares Interesse gute Erfolge weiterzuführen, man wolle aber nicht in den Modus kommen alles ungefiltert weiterzumachen. Man lerne aus den bisherigen Erkenntnissen und ziehe entsprechende Schlussfolgerungen. Im Hinblick auf die Frage nach bundeseinheitlichen Evaluationen spreche man im Koalitionsvertrag über neue Formen und eine neue Kultur der Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen. Die Bildungsstandards seien ein viel diskutiertes Thema und lägen in der Zuständigkeit der Länder. Der in wenigen Wochen stattfindende Bildungsgipfel werde ein wichtiger Auftakt sein. Man spreche ebenfalls in einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen über diese Themen. Die Bundesregierung wolle daher nicht vorwegreifen. Das solle sich als ergebnisoffener Prozess gestalten. Der Blick auf international erfolgreichen Schulsystemen zeige, dass eine Mischung von nationalweiten verbindlichen und anspruchsvollen Standards und mehr Freiheit in der Umsetzung vor Ort gut funktioniere.

Die Bundesregierung wolle den Ländern die Kompetenzen nicht streitig machen und alles zentralisieren. Es solle durch einen lösungsorientierten Zusammenschluss und eine Kräftebündelung eine neue Kultur der Zusammenarbeit geben. Eine Ausführung von Kompetenzen von oben herab gehe verfassungsrechtlich gar nicht und sei auch politisch nicht gewollt. Problematisch seien die Lernstandserhebungen insbesondere durch die Erfahrungen während der Pandemie mit monatelangen Schulschließungen. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung setze sich dafür ein, dass sich solche Schulschließungen in der Energiekrise nicht wiederholten. Es sei daher umso wichtiger, dass das Startchancen-



Programm tatkräftig mitunterstützt werde. Die Lösung dieser Herausforderungen sei man der jungen Generation schuldig.

Im Hinblick auf die Frage nach Diskriminierungen antwortet der PStS Brandenburg, dass es diese definitiv gebe. Ansonsten würde die Bundesregierung das Startchancen-Programm nicht in den Fokus rücken. Es gebe individuelle Benachteiligungen. Das habe man besonders in der Pandemie gemerkt. Beispielsweise gebe es bei manchen Schülerinnen und Schülern zuhause entsprechende Ausstattung, Unterstützung der Eltern, ein soziales Umfeld und Ansprechpersonen, die beispielweise bei den Hausaufgaben unterstützten. Andere hätten diese Möglichkeiten nicht. Auf dieser individuellen Ebene gebe es daher außerordentliche Unterschiede, die das Startchancen-Programm aufgreife. Der Fokus liege bei den Schulen in sozial benachteiligten Lagen. Die individuelle Benachteiligung verstärke sich ausdrücklich in Milieus, in denen beispielsweise Schulklassen oder ganze Schulen und deren Umfeld sozial benachteiligt sind. Die Bundesregierung lege bei finanziellen Fragen einen Ausstattungsschwerpunkt ins Startchancen-Programm. Schulsozialarbeit spielle eine große Rolle.

Der Aussage hinsichtlich der Vererbung der Intelligenz widerspricht der PStS Brandenburg. Es habe vielmehr stark mit dem Umfeld zu tun. Das sei mit Blick auf individuelle Aufstiegschancen eine große Aufgabe und Verantwortung von allen, insbesondere im Hinblick auf die Lösung des Fachkräftemangels, auf die volkswirtschaftliche Perspektive, die gesellschaftliche Teilhabe und vieles mehr.

Bezüglich der Frage nach der Gemeinschaftsaufgabe gehe die Bundesregierung ergebnisoffen in die Gespräche. Das Grundgesetz ermögliche die Finanzierung der Bildungsforschung. Ohne diese Bundesfinanzierung gebe es diese starke Bildungs- und Forschungslandschaft in Deutschland gar nicht. Das Grundgesetz erlaube jedoch momentan keine Studienfinanzierung zur Forschung zu Unterschieden zwischen den Schulsystemen der Länder. Es liege im Interesse aller, einschließlich der Länder, zu wissen, wo und welche Maßnahmen innerhalb des Föderalismus funktionierten. Man

habe zwar viele Erkenntnisse, aber weiterhin viele offene Fragen mit großem Potential, sofern entsprechende Daten aufbereitet und ausgewertet werden würden. Nicht alle Programme müssten zwangsläufig auf eine Grundgesetzänderung im Wortlaut hinauslaufen. Die Bundesregierung werde über die Aufgabenverteilung mit den Ländern sprechen und die Gespräche mit dem Bildungsgipfel weiter intensivieren. Man habe in den letzten Monaten in den Gesprächen mit den Ländern den Fokus bewusst auf konzeptionelle Fragen gelegt. Eine feste Summe von 2 Milliarden Euro finde sich im Koalitionsvertrag gar nicht. In der Vergangenheit habe man voreilig Gelder, ohne nachhaltigen Erfolg zur Verfügung gestellt. Die vom Bundesminister für Finanzen öffentlich zugesagte Bildungsmilliarden werde vollständig für das Startchancen-Programm genutzt, sofern die Bereitschaft der Länder da sei. Jedes Jahr solle eine Milliarde zusätzlich im Bundeshaushalt zur Verfügung stehen. Die Gespräche mit den Ländern liefen und es gebe derzeit keine klare Zustimmung, ob diese zu einer Investition in derselben Größenordnung bereit seien. Die Bundesregierung werde über ein Ergebnis der laufenden Gespräche informieren. Ohnehin seien die Haushaltsberatungen im Parlament die Grundlage.

In Bezug auf die Verteilung der Gelder auf die Länder, sei eine Orientierung an den Zielen der Programme entscheidend. Die Präferenz der Bundesregierung sei daher nicht der Königsteiner Schlüssel. Man spreche diesbezüglich mit den 16 Bundesländern und ihren unterschiedlichen Präferenzen. Wichtig sei, innerhalb der Länder nach einem Sozialindex der Schulen zu verteilen und somit die Schulen mit den größten sozialen Benachteiligungen zu fördern. Das sei das gemeinsame Anliegen in den Koalitionsverhandlungen gewesen und wurde im Koalitionsvertrag verdeutlicht. Es müsse dabei nicht ein bundesweit einheitlicher und identischer Sozialindex sein, aber zumindest einer, der die Ziele des Startchancen-Programms in den Fokus rücke. Einige Länder hätten bereits einen solchen vergleichbaren programmorientierten Sozialindex. Das sei weiterhin Gegenstand der laufenden Gespräche.

Abg. **Katrin Zschau** (SPD) widerspricht der Aussage über den Zusammenhang von Intelligenz und sozialer Herkunft. Es sei richtig und werde



auch im Startchancen-Programm berücksichtigt, dass Kinder und Jugendliche aus einer bestimmten Lebenswelt stärkerer Förderung bedürften als Kinder und Jugendliche mit geregeltem Tagesablauf, die nicht in begrenzten Wohnverhältnissen wohnten und deren Eltern Unterstützung bieten könnten. Es sei notwendig die Basiskompetenzen Lesen, Rechnen und Schreiben zu stärken und hierbei auf die Bundesländer zu blicken, in denen dies gelinge. Die Ausbildungsvoraussetzungen und die Erwartungen der Betriebe und die angehenden Auszubildenden seien vielfach bei den Bewerberinnen und Bewerbern nicht vorhanden. Man müsse betrachten, was die Schule vor der Ausbildung leisten könne. Darüber hinaus müsse man in den Blick nehmen, wie innerhalb der Gesellschaft anständig miteinander umgegangen werden könne. Das könnten die Demokraten im Parlament. Im Hinblick auf das Übergangssystem und der großen Vielfalt an Akteuren fragt sie nach der Beteiligung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Abg. **Daniela Ludwig** (CDU/CSU) stellt fest, dass die Sprach-Kitas im Bildungsbericht erwähnt werden und daher Gegenstand der Aussprache seien. Es gebe dafür keine Sprechverbote.

Sie fragt mit Blick auf die Online-Lehre während der Pandemie, ob die Bundesregierung über eine Evaluation im Bereich der Hochschulen nachdenke. Fragestellungen könnten die Probleme der Online-Lehre und Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich der Digitalisierung der Hochschullehre sein. Die Hochschullandschaft erweise eine solche Evaluation.

Abg. **Nina Stahr** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmt zunächst zu, dass es im Ausschuss keine Sprechverbote gebe. Die habe sie nicht gefordert. Bezuglich des Themas müsse man über sprachliche Bildung im frühkindlichen Bereich sprechen. Die meisten Länder würden in diesem Bereich immer schlechter werden. In Hamburg stagniere es wenigstens. Hamburg überprüfe zunächst den Sprachstand und fördere bei Problemen wirklich konsequent. Damit erreiche man mehr als bei einer Förderung in die Breite. Sie fragt daher die Bundesregierung, ob solche Maßnahmen in Rücksprache mit den Ländern nicht zielführender sei als zu verfahren wie bisher.

Abg. **Ria Schröder** (FDP) weist beim Thema Fachkräfte auf zwei Aspekte hin, bei denen Bildung eine ganz wesentliche Rolle spielt. Im Jahr 2021 habe es nach dem Nationalen Bildungsbericht mit weniger als 900.000 Neuzugängen in der beruflichen Ausbildung einen Tiefpunkt gegeben. Der Bericht zeige aber auch, dass sich immer mehr Abiturientinnen und Abiturienten für eine Ausbildung entschieden. Dies führe ein stückweit zu einer Konkurrenzsituation im Hinblick auf die Bewerberinnen und Bewerber mit einem mittleren oder ersten Schulabschluss. Dieser Umstand ergebe sich auch aus einer Umfrage aus dem Handwerk. Das Ausbilden werde erleichtert, wenn man die Lese-, Schreib- und Rechenkenntnisse stärke. Das sei ein entscheidendes Thema, insbesondere im Bereich der schulischen Bildung. Der Bericht zeige auf, dass die Pandemie viele junge Menschen verunsichert habe. Berufsorientierung spiele eine entscheidende Rolle. Sie fragt daher die Bundesregierung, wie die Berufsorientierung konkret verbessert werden könne. Wichtig sei die Integration der Berufsorientierung in die weiterführenden Schulen als Gesamtkonzept und die Einbeziehung von Praktikerinnen und Praktikern. In der MINT-Förderung sehe man erfreuliche Nachrichten, insbesondere was den weiblichen Anteil betreffe, auf der anderen Seite gebe es aber einen Rückgang. Die Bundesregierung sei gefragt, wie dort die Fachkräftesicherung gelingen könne.

Abg. **Götz Frömming** (AfD) stellt zunächst klar, dass er bewusst nicht über Gene gesprochen habe. Man könne ebenfalls vom kognitiven Leistungsvermögen reden. Dies sei eine pädagogische Tatsache und entscheide zusammen mit anderen Umständen, wie das soziale Umfeld, Familie und der staatlichen Förderung, über den Schulerfolg der Kinder. Es sei weder möglich noch wünschenswert, dass alle jungen Menschen den gleichhöchsten Bildungsabschluss erreichten. An diesem Ziel könne man nur scheitern.

Die Bundesregierung unterstelle, dass es eine sehr ungerechte Zeit sei. Das sei nicht richtig. Im historischen Hinblick hätten junge Menschen heutzutage noch nie so große Chancen auf Erfolg. Das deutsche Bildungssystem solle nicht schlechter geredet werden als es sei. Schon gar nicht dürfe man den Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen etwas unterstellen. Es gebe bereits



jetzt gute Ausgangsbedingungen für alle Kinder. Sofern der Staat nun dafür sorge, eine größere Gleichheit durch flächendeckende Ganztagesangebote zu erzielen, dürfte dieses Ziel nicht deutlich hinter den jetzigen Angeboten in Familien und Vereinen fallen. Die Einführung des Rechtsanspruches auf ein Ganztagesangebot, ohne die Kenntnis über die Personalanzahl sei ein großes Problem. Der Nationale Bildungsbericht zeige auf, dass das Personal der Kinderbetreuung an den Grundschulen laut Mikrozensus mit 14 Prozent im Vergleich zum Hortpersonal der Kinder- und Jugendhilfen etwa doppelt so häufig keinen beruflichen Abschluss vorweisen könne. Er fragt daher, wie die Bundesregierung die Qualifikation des Personals in der Ganztagsbetreuung verbessern wolle.

Abg. **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.) unterstellt Abg. Frömming eine selektive Kenntnisnahme der Ergebnisse der Bildungsstudien. Er lese darüber hinweg, dass ein Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in den letzten 20 Jahren bestehe oder wie ungleich schlechter die Chancen von Hauptschülerinnen und Hauptschülern auf einen Ausbildungsplatz seien.

Bezüglich der Bildungsmilliarden wisse man zumindest, dass die Zahl von zwei Milliarden Gegenstand der Koalitionsverhandlungen gewesen sei. Es sei daher unbefriedigend, dass man jetzt bei einer geringeren Zahl sei.

Im Hinblick auf die Gemeinschaftsaufgabe beschränke sich die Antwort des PStS Brandenburg auf Studien und Digitalisierung. Wörter wie Lehrkräftemängel, Sanierungsstau und der Anspruch auf flächendeckende Schulsozialarbeit kämen gar nicht vor. Das sei ungenügend und man erkenne keine Entwicklung an dieser Stelle, die den Bildungsauftrag erfülle. Die FPD zeige an dieser Stelle keine eigene Linie und keine eigene Note. Die Antwort ziehe den Bund auf das Minimum der Machbarkeit zurück. Das sei zu wenig Haltung für die großen Herausforderungen.

PStS **Dr. Jens Brandenburg** (BMBF) verweist im Hinblick auf die Frage nach dem Übergangssystem und den Möglichkeiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung an dieser Stelle, auf die Erkenntnisse der Enquetekommission „Berufliche Bildung“ aus dem letzten Jahr. Der Deutsche Bundestag habe damals drei Jahre lang versucht

einen vollständigen Überblick über das Übergangssystem zu bekommen. Das sei in diesen drei Jahren mit sämtlichen Expertenanhörungen nicht gelungen. Dies verdeutliche, dass es sich dabei um ein sehr heterogenes Feld mit den unterschiedlichsten Akteuren auf den unterschiedlichsten Ebenen handle, für die es teilweise sehr kleine Maßnahmen gebe. Man müsse daher stärker darauf schauen, welche Maßnahmen sich bewährt hätten. Bei vielen Vorhaben der Vergangenheit habe man ein gutes Gefühl gehabt, könne aber im Nachhinein keine Zielerreichung feststellen. Diese Problemstellung solle man systematisieren und datenbasiert angehen und dabei die Akteure zusammenbringen. Die Bildungsketten seien ein erfolgreicher Ankerpunkt, bei denen man mit Blick auf das Übergangssystem beide Ebenen stärker strategisch zusammenführe. Das sei eine längerfristige „Mammutaufgabe“.

In Bezug auf die Online-Lehre während der Pandemie verweist er auf die Stiftung „Innovation in der Hochschullehre“, die zwischen Bund und Ländern vereinbart worden sei. Hier stelle man fraktionsübergreifend keinen großen Dissens fest, da es sich um ein gemeinsames Anliegen handle. Die Stiftung leiste hervorragende Arbeit und sei derzeit in der Aufbauphase. Die Bundesregierung bekomme positive Rückmeldungen bezüglich der Qualität der Lehre. Die Stiftung konzentriere sich nicht auf die Online-Lehre, aber es gehe dabei um eine intelligente Kombination der Mittel. Das „Hochschulforum Digitalisierung“ fokussiere sich stärker auf die strategische Frage auf der Hochschulebene. Man sei mit den Akteuren in sehr konkretem Austausch, die Lösungen würden nicht „schwarz-weiß“ sein. Losgelöst von der Frage wolle die Bundesregierung nicht alles nach dem Top-Down-Prinzip regeln. Dort wo Maßnahmen vor Ort erfolgreich seien, gebe und verstärke der Bund den nötigen Freiraum. Beispielsweise ermögliche das Startchancen-Programm diese Freiräume. Das erfordere eine deutlich engere Zusammenarbeit mit der Bildungsforschung. Wichtige Erkenntnisse müssten stärker als in der Vergangenheit in neue Programme einfließen.

Hinsichtlich der Frage nach der Berufsorientierung gebe es viele Ansätze. Es seien jene Ansätze erfolgreich, die wirklich Schülerinnen und Schüler mit den Ausbildungsbetrieben zusammenbrächten.



Persönliche Begegnungen seien sehr erfolgreich. Beim Berufsorientierungsprogramm schaue man, dass dort Freiraum ermöglicht und Zielgruppen erreicht werden. Darunter fielen insbesondere die Gymnasien, die bislang unberücksichtigt seien. Das zeichne sich dadurch aus, dass nicht ausschließlich die Bundesregierung solche Förderangebote anbiete, sondern, dass diese vor Ort wahrgenommen werden. Dazu brauche man Werbung.

Über den MINT-Aktionsplan werde man ausführlich sprechen. Dieser sei der strategische Überbau, um MINT-Kompetenzen auszubauen, insbesondere im Hinblick auf junge Frauen. Dafür gebe es hervorragende Beispiele auch vor Ort.

In Bezugnahme auf die Frage des Abg. Frömming weist er darauf hin, dass es nicht Ziel der Bundesregierung sei, dass alle den formal höchsten Bildungsabschluss erreichten. Das Ziel sei es, dass unabhängig von der sozialen Herkunft jeder die besten Bildungschancen habe. Diese Zielerreichung müsse man nicht zwangsläufig am formalen Abschluss messen können. Bildungswege seien sehr unterschiedlich.

Der Personalmangel bei der Ganztagsbetreuung sei auf eine gemeinsame Entscheidung mit den Ländern in der vergangenen Legislaturperiode zurückzuführen. Der Bundesrat habe – nach mühsamen Verhandlungen mit der expliziten Zusage etlicher Milliarden Bundesförderung zu erhalten–, einem Gesamtpaket zugestimmt. Die Bundesregierung unterstütze innerhalb ihres Kompetenzrahmens den frühkindlichen Bereich – mit Blick auf die Erzieherinnen- und Erzieherberufe mit Förderprogrammen oder im Rahmen der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung wolle durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit die Länder weiterhin, wie beim Thema Lehrkräftemangel, unterstützen. Dies ändere dennoch nicht die kompetenzrechtlichen Zuständigkeiten.

Die Frage nach der Bildungsmilliarde sei kein zufälliger Einfall des Bundesministers für Finanzen, sondern ein expliziter Wunsch des Ausschusses selbst und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gewesen. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung habe sich in den vergangenen Monaten sehr stark für die

finanzielle Grundlage eingesetzt. Das solle in den Regierungsentwurf für den nächsten Haushalt einfließen. Der Bund sei aber nicht der einzige finanzielle Akteur. Es stehe aus in welchem Umfang sich die Länder entsprechend engagieren könnten und wo steuerseitig die größere Einnahmequelle liege.

**Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf
Drucksache 20/4980 zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 2

Expertengespräch "Exzellenzinitiative Berufliche Bildung und Sicherung der Ausbildungsqualität" mit

Kristof Becker

DGB-Bundesjugendsekretär
Deutscher Gewerkschaftsbund,
Bundesvorstand

Dr. Volker Born

Abteilungsleiter Berufliche Bildung
Zentralverband des Deutschen Handwerks

Prof. Dr. Michael Heister

Leiter Abteilung 4, Initiativen für
Berufsbildung
Bundesinstitut für Berufsbildung

Prof. Dr. Susan Seeber

Ständige Wissenschaftliche Kommission der
Kultusministerkonferenz

Selbstbefassung 20(18)SB-38

Der **Vorsitzende:** Dann rufe ich jetzt den Tagesordnungspunkt 2 auf und bitte die Expertinnen und Experten in den Ausschusssaal zu kommen. Denn jetzt kommt unser öffentliches Expertinnen- und Expertengespräch zur „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“. Ich kann vielleicht schon mal eingangs sagen, dass Berichterstatterinnen und Berichtersteller bei den Mitgliedern des Deutschen Bundestages die Abgeordneten Jessica Rosenthal für die SPD, dann der Abgeordnete Stephan Albani für die CDU/CSU, Dr. Anja Reinalter für Bündnis 90/Die Grünen und Friedhelm Boginski für die FDP-Fraktion sind. Für die AfD-Fraktion Herr Frömming und für die Linkenfraktion Nicole Gohlke. Hier im Ausschusssaal begrüße ich nun ganz herzlich Dr. Volker Born, Abteilungsleiter Berufliche Bildung des Zentralverbands des



Deutschen Handwerks, Professor Dr. Michael Heister, Leiter der Abteilung 4 der Initiativen für Berufsbildung beim Bundesinstitut für Berufsbildung. Ich begrüße Frau Professor Dr. Susanne Seeber von der Ständigen Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerinnen- und Kultusministerkonferenz. Und ich begrüße auch den Vierten in der Runde, Kristof Becker, per Webex zugeschaltet, DGB-Bundesjugendsekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom Bundesvorstand. Wir machen das hier immer so, dass die Expertinnen und Experten in alphabetischer Reihenfolge ihr Eingangsstatement vortragen. Und auch noch der sachdienliche Hinweise, dass wir uns verständigt haben auf ein Fünf-Minuten Frage-Antwort-Kontingent. Der Aufruf erfolgt wie üblich nach Fraktionsstärke. Ich glaube, ich habe damit auf alles hingewiesen, außer darauf, dass wir dann sicherlich noch Zeit haben für eine Nachfragerunde, wo wir schauen, ob wir bei fünf Minuten bleiben können oder entsprechend, wie meistens, auf drei Minuten Zeit pro Fraktion runtergehen. Dann würde ich jetzt die Expertinnen- und Expertenrunde eröffnen und freue mich, dass wir hier über die Exzellenzstrategie für die berufliche Bildung im Ausschuss beraten. Ich erteile als Erstem das Wort Kristof Becker für den DGB Bundesvorstand als Bundesjugendsekretär. Herr Becker, Sie haben jetzt das Wort per Webex-Zuschaltung.

Sv Kristof Becker (Deutscher Gewerkschaftsbund): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, als Vertreter der Gewerkschaftsjugend von mehr als einer halben Million junger Menschen spreche ich hier heute im Interesse und mit der Brille der jungen Menschen, die von dem, was Sie beschließen, direkt betroffen sind. Es ist gut, und ich danke Ihnen, dass Sie diese Perspektive ansehen. Es muss sich etwas tun in der beruflichen Bildung und die Regierungsfraktionen haben sich vorgenommen, das Thema anzupacken. Das begrüßen wir sehr. Die verschiedenen Vorhaben im Koalitionsvertrag werden in unterschiedlichen Ministerien bearbeitet, müssen aber natürlich zusammengedacht werden. Darauf möchte ich kurz eingehen. Jedes Jahr zeigt sich erneut, dass in der Ausbildungsqualität etwas im Argen liegt. Das weiß ich, weil wir als DGB-Jugend mit dem

Ausbildungsreport jährlich die größte Befragung der Ausbildungsqualität in Deutschland erstellen. Über 14.000 Jugendliche waren es allein 2022, die sich beteiligt haben. Und in den Berufsfeldern, in denen die Auszubildenden die größten Missstände aufzeigen, stellen wir fest, dass die Arbeitgeber hier am lautesten jammern. Es sind die Branchen, die ihre Erklärung für offene Ausbildungsstellen in der Akademisierung oder bei den jungen Menschen selbst suchen statt bei den Ausbildungs- und später den Arbeitsbedingungen in ihren eigenen Betrieben. Ich berichte Ihnen über diese Missstände und über die Ergebnisse des Ausbildungsreports, weil ich wirklich davon überzeugt bin, dass wenn von Exzellenz in der beruflichen Bildung gesprochen wird, dass das eine bessere Ausbildungsqualität für alle heißen muss und nicht eine Förderung für Wenige. Passieren muss das in den Berufsschulen und in den Betrieben. Wir begrüßen das Ziel der Exzellenzinitiative des BMBF und teilen dem Grunde nach auch die Analyse. Die Maßnahmen greifen aus unserer Sicht allerdings in allen Handlungsfeldern zu kurz und gehen zum Teil auch in die falsche Richtung. Ich möchte Ihnen drei konkrete Beispiele nennen.

Erstens: Im Handlungsfeld „Chancenförderung“ begrüßen wir die Stärkung der Berufsorientierung selbstverständlich. Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend 2022 zeigt auch, dass je höher die Ausgangsqualifikation ist, umso schlechter bewerten die Auszubildenden die Berufsorientierung, die sie in der Schule erlebt haben. Ungenügend - und das ist der springende Punkt - ist die Berufsorientierung in jeder Schulform. Wir lehnen daher eine zu starke Fokussierung auf Gymnasien ab und verweisen auf eine notwendige Verbesserung an allen Schulformen. Es wird noch kurz auf die Studie der Bertelsmann Stiftung verwiesen, die in dieser Woche veröffentlicht wurde, die zeigt, dass der Anteil der Abiturient/-innen, die in die Berufsausbildung münden, weiter in den letzten Jahren gestiegen ist. Völlig unklar bleibt uns, warum Begabtenförderungswerke für die berufliche Bildung geöffnet werden sollen. Das nimmt Arbeitgebende aus der Pflicht und schon deshalb ist es aus Sicht der Gewerkschaftsjugend abzulehnen. Die unter innovative Berufsangebote zusammengefassten Vorschläge sind ebenfalls zu begrüßen. Ob die gewünschten Ergebnisse



allerdings mit den vorgesehenen Maßnahmen und den Finanzmitteln durchführbar sind, bleibt zu zeigen und wir sind hier sehr zurückhaltend. Bei der internationalen Ausrichtung muss es sich ebenfalls zeigen, wie das konkret ausgestaltet sein kann und wie junge Menschen, niedrigschwellig davon profitieren können, auch - und das will ich nochmal stark machen - gerade in kleinen und mittleren Betrieben. Wir befürchten, dass Viele faktisch von diesem Handlungsfeld ausgeschlossen sind durch Zugangshürden. Was fehlt aus unserer Sicht? Ganz praktisch und schnell spürbare Maßnahmen für die jungen Menschen, die jetzt gerade in dieser Minute im Gespräch mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern darüber sprechen und überlegen, ob sie dieses Jahr eine Ausbildung machen wollen oder doch lieber studieren gehen. Für sie braucht es mehr gute betriebliche Ausbildungsplätze und materielle Verbesserung in den Lebensbedingungen. Wenn wir nun heute das Thema Ausbildungsqualität besprechen, geht das nicht, ohne dabei den Blick auf den aktuell vorliegenden Referent/-innenentwurf des BMAS zu werfen, der auch eine "Ausbildungsgarantie" beinhaltet. Ich sage das so, weil ich gerade 500.000 jungen Menschen erklären muss, warum im Koalitionsvertrag das Wort "Garantie" steht und nun im Referentenentwurf nur noch etwas von "Ermessensleistung" steht. Ich kann das nicht. Ich will Ihnen dazu nur eine Sache mitgeben: Wo „Garantie“ draufsteht, muss auch „Garantie“ drin sein. Wir als Gewerkschaftsjugend vertrauen darauf, dass Sie in Ihrer Verantwortung als Abgeordnete sicherstellen, dass der Koalitionsvertrag nicht auf dem Rücken junger Menschen ausgehöhlt wird.

Sv Dr. Volker Born (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete! Ich möchte mich erstmal von Seiten des Handwerks bedanken, dass Sie zum einen uns heute in Ihren Ausschuss zu diesem für uns wichtigen Thema der beruflichen Bildung eingeladen haben und dass Sie dieses Thema nicht nur heute adressieren, sondern dass es auch am morgigen Tag im Plenum zur Diskussion steht. Wir begrüßen das als Handwerk sehr. Wieso? Mit einer kurzen Zahl will ich das skizzieren. Im Handwerk gibt es knapp 5 Prozent Beschäftigte von insgesamt fünf Millionen, die akademisch

qualifiziert sind. Das bedeutet, 95 Prozent gehen ins Handwerk und münden in den Arbeitsmarkt über die berufliche Bildung und Qualifizierung. Das bedeutet, heute und morgen diskutieren Sie über den zentralen Fachkräftestraategiestrang - unter anderem des Handwerks aber auch der meisten kleinen und mittelständischen Betriebe in allen Wirtschaftsbranchen in Deutschland. Deswegen begrüßen wir sehr, dass auch das Thema der beruflichen Bildung jetzt mit einer eindeutigen Markensetzung vorangebracht werden soll durch die Bundesregierung über die Exzellenzstrategie, auf die ich gerne gleich noch dezidierter eingehen möchte. Wir stehen im Handwerk vor einigen Herausforderungen. Wir haben seit vielen Jahren die Schwierigkeit, dass wir freie Ausbildungsplätze nicht mehr besetzen können. Uns zeigen die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, dass wir seit 2015 einen Change im Ausbildungsmarkt haben, der mittlerweile ein Bewerbermarkt ist. Seit mehreren Jahren sieht die Situation so aus, dass mehr Ausbildungsplätze bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet sind als Ausbildungsplatzbewerber. Das stellt uns im Handwerk jedes Jahr am Ende bei der Bilanz vor die Situation, dass wir 20.000 Ausbildungsplätze unbesetzt haben. Das ist die eine große Herausforderung. Die andere große Herausforderung, vor der wir stehen: Wir wollen Beiträge zur Bundesregierung und zu den klima- und energiepolitischen Zielen leisten. Das bedeutet, dass wir qualifizieren müssen. Das bedeutet, wir müssen eigentlich in Qualifizierung investieren und die Anforderungen erhöhen. Diese beiden sehr kurz genannten Punkte skizzieren ein wenig, dass wir aktiv werden müssen im Bereich der beruflichen Bildung. Ich habe von den kleinen Betrieben gesprochen und will dabei sagen, dass es nicht nur darum geht, Personal zu bekommen auf der Gesell/-innenebene, sondern dass wir auch Meister und Meisterinnen bekommen. Denn wir müssen in den nächsten fünf Jahren 125.000 Betriebsnachfolgen realisieren. Das sind gesunde Betriebe, die zur Übergabe stehen und die den Arbeitsmarkt, aber auch den wirtschaftlichen Teil des Handwerks elementar unterstützen. Deswegen begrüßen wir sehr, dass durch die Exzellenzinitiative zum einen das Thema „Attraktivität“ adressiert werden soll, aber auch - und das ist für uns sehr wichtig - das Thema



„Innovation“. Denn für uns ist in kleinen Betrieben ohne Forschungs- und Entwicklungsabteilung gerade das Thema der Qualifizierung auf der Gesellenebene, aber auch im Bereich der höheren Berufsbildung, elementar wichtig, weil darüber Technologie- und Innovationstransfer stattfindet. Da sehen wir durchaus Potenzial in der Exzellenzstrategie. Deswegen fange ich auch an bei dem Thema Berufs- und Studienorientierung. Stärker die Orientierung an Gymnasien auszubauen, ist absolut zu begrüßen. Auch von Bedeutung ist das Thema Digitalisierung in der beruflichen Bildung. Hier wäre ein besonderer Wunsch unsererseits, das BMBF-Sonderprogramm zur Digitalisierung mit der Adressierung „Infrastruktur in den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und Bildungszentren“ auch nach 2023 fortzuführen. Uns ist das ein besonderes Anliegen, gerade weil es einmal aus dem Meister-BAföG hervorging, das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz in den Fokus zu nehmen und in dieser Legislatur sehr zeitnah eine nächste Novelle anzustoßen und zudem die Begabtenförderung weiter auszubauen - insbesondere beim Weiterbildungsstipendium.

Zu guter Letzt, das Thema Qualität ist auch schon adressiert worden. Wir bedauern, dass das Programm „JOBSTARTER plus“ eingestellt worden ist - ein wichtiges Programm, mit dem wir Qualitätsinitiativen unterstützen konnten. Das führt dazu, dass wichtige Infrastruktur zur Förderung der Qualität ihre Expertise verliert. Das ist bei uns im Handwerk zum Beispiel die Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk. Und diese Expertise - und das ist ein Appell, den ich gerne in die Runde noch geben möchte - sollten wir beibehalten und deswegen dieses Programm auch fortführen.

Und zu guter Letzt ein großes Anliegen, das ich hier gerne wieder unterbreite: die Gleichwertigkeit. Wir müssen die Gleichwertigkeit in den Blick nehmen, und deswegen werben wir als Handwerk schon lange für eine gesetzliche Grundlage.

Sv Prof. Dr. Michael Heister (Bundesinstitut für Berufsbildung): Von mir auch ganz lieben Dank, dass ich hier sein und die Position des Bundesinstituts ein bisschen darstellen darf. Ich werde mich weniger auf die Exzellenzinitiative beziehen, weil ich die zum großen Teil in meiner

Abteilung durchführe und ich finde, dass es da schwierig ist, jetzt alles genau zu bewerten. Ich würde gerne auf die Frage der Qualität der Berufsbildung eingehen. Ich habe viele von Ihnen bei uns im Institut schon gesehen und ich habe auch in den letzten Jahren viele ausländische Besuchergruppen gesehen. Alle haben immer ein kleines Loblied auf die Qualität der dualen Ausbildung in Deutschland gesungen und viele waren sehr begeistert von diesem System. Es ist im Bereich der Qualitätssicherung auch ein sehr komplexes System. Weil wir nicht nur die eine qualitätssichernde Stelle haben, sondern wir haben es auf drei Ebenen. Wir haben es auf der Systemebene - da ist es hauptsächlich der Gesetzgeber. Da sind es auch die Bundesländer im Konsensprinzip. Wir haben es auf der intermediären Ebene. Die Kammern spielen hier eine ganz wichtige Rolle auch in der Qualitätssicherung. Und wir haben es auf der betrieblichen Ebene, wo praktisch in jedem Betrieb Qualität gesichert werden muss. Ich glaube, ein ganz wichtiger Bereich für die betriebliche Qualitätssicherung, Herr Born hatte es eben schon angesprochen, sind überbetriebliche Berufsbildungsstätten, die in Deutschland ziemlich unbekannt sind, wenn Sie so in die Breite gehen, die aber einen unglaublich wichtigen Job machen und auch für unsere internationalen Gäste immer wieder von Interesse sind. Dieses System der Qualitätssicherung muss aber immer wieder auch auf aktuelle Herausforderungen reagieren. Ich denke, wir haben zurzeit vor allen Dingen die Herausforderung, neben der Fachkräftegewinnung gleichzeitig auch noch die Transformation und die Energiewende zu schaffen. Ich glaube, das ist einfach eine unglaublich schwierige Aufgabe. Ich habe einfach mal eine Zahl rausgenommen. Wir können gerne auch noch über die Zahlen nachher sprechen, die veröffentlicht wurden jetzt zuletzt, aber ich habe eine Zahl, die ganz deutlich zeigt, wo das Problem ist: Wir hatten zwischen 2005 und 2021 im Kern-dualen System eigentlich eine abnehmende Zahl von 15,4 Prozent weniger Ausbildungsanfänger und -anfängerinnen und gleichzeitig ist die Zahl der Studierenden um 29,8 Prozent gestiegen. Das ist schon eine gewisse Schwierigkeit, aber da können wir gerne nachher auch darüber diskutieren. Ich habe mir einfach mal so drei Punkte herausgesucht, von denen ich



meine, dass sie qualitativ wichtig sind. Dort ist viel passiert und auf der anderen Seite sollte auch noch vieles dort passieren.

Der erste Punkt ist jetzt schon mehrfach angesprochen worden, nämlich die Berufsorientierung an Gymnasien. Wir hatten in den 2010er Jahren einen ganz starken Ausbau der Berufsorientierung an den Schulen, die bis Klasse 9 und 10 ging und ich glaube, es ist ganz wichtig, jetzt auch eine zweite Stufe daran zu setzen und auch die Berufsorientierung an Gymnasien auszubauen. Da ist noch sehr viel Luft nach oben. Und da ist sehr viel zu tun und auf den Weg zu bringen.

Eine zweite Sache, die ich glaube, die relativ gut funktioniert hat in den letzten Jahren, sind die vielen Qualitätsinitiativen der Kammern. Wir haben das bei der deutschen Referenzstelle für Qualitätssicherung gesehen, die bei uns im BIP angesiedelt ist und sozusagen von der Europäischen Kommission kommt. Rund 100 der insgesamt 132 Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, die es in Deutschland gibt, machen eigenverantwortlich Initiativen - vor allem die Auszeichnungsinitiativen, wo also ein Siegel für gute und hervorragende Ausbildung vergeben wird. Das ist ein wichtiger Punkt, wo Kammern tätig sind. Eine zweite Sache, die wir auf Kammerebene einfach beobachten, ist, dass es noch eine große Diskussion gibt um das digitale Berichtsheft. Ich glaube, das ist auch ein ganz wichtiger Moment, um Qualität zu sichern. Aber da sind wir immer noch nicht am Ende angekommen. Ich glaube, da ist noch Arbeit zu machen.

Letzter Punkt - überbetriebliche Berufsbildungsstätten. Ich glaube, die sind ganz zentral, gerade für kleine und mittlere Unternehmen, damit Sachen in der Ausbildung gemacht werden, die ein kleines und mittleres Unternehmen nicht machen kann. Wir waren dafür daher sehr dankbar, dass wir das Sonderprogramm Digitalisierung und überbetriebliche Bildungsstätten im Auftrag des BMBF durchführen konnten. In den letzten sechs Jahren haben wir in dem Programm insgesamt 224 Millionen Euro gehabt und ich glaube, damit ist in der Digitalisierung sehr viel passiert. Ein weiterer Bedarf wird in Zukunft mit Sicherheit beim Thema Nachhaltigkeit bestehen.

Sve Prof. Dr. Susanne Seeber

(Kultusministerkonferenz): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordneten! Erstmal begrüßen wir prinzipiell die Initiative, die sich mit Modernisierungen und Attraktivitätssteigerungen der beruflichen Bildung für alle jungen Menschen zuwenden will und die Betonung liegt ein bisschen auf "alle", wie es in der Präambel auch zum Eckpunkte-Papier formuliert ist. Wir unterstützen die mit der Initiative verbundene Zielrichtung, junge Menschen bestmöglich zu qualifizieren, Wirtschaft mit Fachkräften zu versorgen, aber auch eine bessere Chancenförderung für den Einzelnen zu gewährleisten. Dabei ist auch die Qualitätsentwicklung über innovative und hochwertige Berufsausbildungsangebote bis hin zu einer internationalen Ausrichtung von Bedeutung. Trotz der insgesamt positiv bewerteten Initiative sehen wir aber doch noch fundamentale Probleme bei der Fachkräfte sicherung, die auch mit den Aufgaben, die jetzt in den anderen Ministerien liegen, noch nicht hinreichend bearbeitet werden und wo auch die Öffnung von Teilhabechancen für alle jungen Menschen noch nicht hinreichend gegeben ist. Ein Problem ist das Begriffsverständnis, was mit Exzellenz überhaupt gemeint ist. Entweder meint man Exzellenz im Sinne der bestmöglichen Bearbeitung von Herausforderungen und Problemlagen in der beruflichen Bildung oder es geht um Exzellenz im Sinne der Förderung der leistungsstärksten jungen Erwachsenen sowie innovativ ausbildender Unternehmen. Ein klein bisschen lassen die Maßnahmen im Endeffekt die Interpretation zu, dass es eher um Letzteres geht, also, dass die Breitenwirkung noch nicht so ganz erreicht wird mit den Schwerpunkten, die gesetzt werden. Es werden also wichtige Themen bearbeitet, aber wie gesagt, eine Attraktivitätssteigerung und Modernisierung der beruflichen Bildung in der Gesamtbreite sehen wir damit noch nicht hinreichend umgesetzt. Denn die Jugendlichen, die adressiert werden mit diesen Programmpunkten - das sind eher die leistungsstärkeren Jugendlichen und damit erfolgen natürlich auch Einschränkungen auf bestimmte Ausbildungsberufe und diese Jugendlichen wählen auch bestimmte Unternehmen. Das heißt, auch die Breite der Unternehmen, die ausbilden, wird nicht erfasst.



Nur zur Erinnerung: Wir haben 70 Prozent der Ausbildungsplätze in kleinen, eher kleineren und mittelgroßen Unternehmen - also in Unternehmen mit unter 250 Beschäftigten. Das heißt, auch diese Gruppe müsste eigentlich mit erreicht werden. Das, was wir bisher mit den einzelnen Programmpunkten sehen, ist doch ein starker Selektionsbias. Das heißt also, Fachkräftemangel wird mit dieser Initiative nur partiell begegnet, weil wichtige gesellschaftliche Bereiche nicht eingeschlossen sind, in denen auch ein erheblicher Fachkräftemangel herrscht durch das Ressortdenken und die Konzentration auf duale Berufe. Das ist der Fachkräftemangel zum Beispiel in den Gesundheits-, Pflege-, und Erziehungsberufen. Wir haben weniger ein Ressort- und Institutionsdenken und fragen uns natürlich, warum werden diese Bereiche nicht mit einbezogen? Die aktuell unbesetzten Ausbildungsstellen liegen in Berufen, die von Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung in der Regel nicht gewählt werden oder sehr viel seltener gewählt werden. Also das sind nur so ein paar globale Punkte.

Ich würde auf einzelne Programmpunkte noch eingehen: Exzellenz durch bessere Chancenförderung und mehr berufliche Orientierung an den Gymnasien. *Jein* würde ich sagen, denn die Gewinnung zusätzlicher Jugendlicher für die berufliche Ausbildung wird sich in Grenzen halten, denn zunächst haben wir eine Stabilisierung des Anteils an Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung. Es ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass da eine Art Sockel erreicht ist und zwischen 2007 und 2019 hat sich der Anteil an Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung in der Berufsausbildung von 19 Prozent auf 29 Prozent erhöht. Also da ist schon relativ viel passiert, dass Jugendliche aus dieser Gruppe berufliche Ausbildung attraktiv finden. Deswegen würde ich mal vermuten, dass zusätzliche Maßnahmen nicht den großen Run auf die berufliche Bildung auslösen werden, sondern dass das eher punktuell ist und dass wir ganz andere Zielgruppen in den Blick nehmen müssen, wenn wir Fachkräftesicherung erreichen wollen. Was die Berufsorientierung anbelangt, so ist in den letzten Jahren in allen Bundesländern verbindlich die Berufsorientierung in den Rahmenlehrplänen verankert worden und zwar sowohl in der

Sekundarstufe eins als auch in der Oberstufe mit vielfältigen obligatorischen Bestandteilen. Viele Bundesländer weisen auch die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung aus und unterstützen eine Integration von Berufs- und Studienorientierung, was wir auch für zielführend halten.

Das heißt, hier muss man genau gucken, welche Maßnahmen tatsächlich noch hilfreich sind und ob es nicht besser wäre, auf die Qualität zu schauen und nicht nur auf die Qualität der Berufsorientierung an den beruflichen Gymnasien, sondern vor allem auch an den anderen Schulformen. Denn Probleme in der Allokation haben nicht die Gymnasiasten. Die sind relativ klar in ihren Entscheidungen und beruflichen Vorstellung, sondern das ist die andere Gruppe. (Zwischenruf) Ja, man muss oder kann es an Indikatoren festmachen.

Ich würde auf zwei Punkte noch kurz eingehen: Das ist die Verbesserung der Ausbildungsqualität in den überbetrieblichen Bildungsstätten. Diese sollten wir in jedem Fall unterstützen, aber es sollte nicht vergessen werden, auch die Entwicklung an den beruflichen Schulen mit einzubeziehen. Auch da passieren durch den Digitalpakt Entwicklungen und das muss man verknüpfen, damit man nicht Doppelstrukturen schafft - auch im Hinblick auf knappes Berufsbildungspersonal.

Abg. Jessica Rosenthal (SPD): Vielen Dank, dass Sie hierhergekommen sind und uns Ihre Einschätzung präsentiert haben. Ich würde vielleicht an dem zuletzt genannten Punkt direkt anschließen und an Herrn Becker eine Frage richten mit Blick auf die Perspektive von Qualität der Ausbildung. Da haben Sie gerade auch nochmal Bezug darauf genommen. Welche Maßnahmen würden aus Ihrer Perspektive beitragen, die Attraktivität der dualen Berufsausbildung aus Sicht von jungen Menschen wirklich zu verbessern?

Sv Kristof Becker (Deutscher Gewerkschaftsbund): Vielen Dank. Ich würde das an der aktuellen Situation konkret festmachen. Ein konkretes Beispiel ist die Vergütung der jungen Menschen. Da finden gerade Tarifverhandlungen statt. Es ist gut, dass das die Tarifpartner klären. Das wissen Sie alle. Wir



haben eine untere Haltelinie im Berufsbildungsgesetz, die Sie in der letzten Novelle auch eingefügt haben. Das sind starre Beträge, die bei der letzten Reform eingefügt wurden. Derweil wurde der Mindestlohn deutlich erhöht, was sehr gut ist. Und die Inflation ist deutlich gestiegen. Nehmen wir an, ein junger Mensch beginnt eine Ausbildung und bekommt heute in etwa 620 Euro brutto im ersten Ausbildungsjahr. Da sind wir weit davon entfernt, die Lebenshaltungskosten durch Ausbildungsvergütungen decken zu können, aber nur um zwei Zahlen zu nennen: 620 Euro kriege ich brutto und ein durchschnittliches WG-Zimmer in der Bundeshauptstadt kostet 550 Euro. Da wird es schwierig. Es gibt auch Wohnraum für Auszubildende, aber deutlich weniger als für Studierende und da muss deutlich mehr passieren. Natürlich braucht es mehr Ausbildungsqualität - die muss besser werden. In den Schulen geht es um die Umsetzung des Pakts für berufliche Schulen. Das ist gut und wichtig, dass das schnell kommt. In den Betrieben ist wichtig, dass die Kammern ihren eigenen Mitgliedern auf die Finger schauen müssen. Und da muss was passieren, damit die Ausbildungsqualität besser wird.

Abg. **Jessica Rosenthal** (SPD): Vielen Dank, Herr Becker. Sie haben den Pakt für berufsbildende Schulen direkt angesprochen. Deswegen hat sich die Frage erledigt.

Ich würde deshalb gerne die nächste Frage an Sie richten, Frau Professorin Seeber. Sie haben gerade auch noch einmal sehr deutlich darauf verwiesen, dass die Berufsorientierung an Gymnasien ein zu kurzes Anliegen ist, wenn man sich die gesamte Gruppe der jungen Menschen anschaut und auch das inländische Fachkräftepotential wirklich heben will. Sie haben davon gesprochen, dass andere Gruppen in den Blick genommen werden müssen. Ich will Ihnen jetzt gerne nochmal die Gelegenheit geben und Sie auch bitten, das nochmal auszuführen. Welche Gruppen müssen wir in den Fokus rücken und vor allem was muss getan werden? Wo müssen wir noch mal nachsteuern, wenn es um diesen Fokus geht?

Sve Prof. Dr. Susanne Seeber

(Kultusministerkonferenz): Aus meiner Sicht müssen ganz klar die Jugendlichen mit erstem und mit mittlerem Schulabschluss viel stärker in

den Blick genommen werden, weil dort in der Regel Unterstützungssysteme im Elternhaus fehlen für berufliche Orientierung. Sie verfügen nicht über Strategien, sich an digitalen Portalen die Informationen zu beschaffen. Das erfordert auch eine bestimmte Kompetenz, zu selektieren und eine Abwägung zu treffen zwischen dem eigenen Potential und den Anforderungen, die die Berufe stellen. Das heißt, hier brauchen wir vor allem Qualitätsverbesserungen. Das ist ein Potenzial, denn wir haben immer noch über 230.000 Jugendliche, die jedes Jahr in den Übergangssektor einmünden und das sind überwiegend Jugendliche mit maximal erstem Schulabschluss und mittlerem Schulabschluss, die teilweise einmünden, weil sie auch noch keine berufliche Idee haben. Bei den Gymnasiasten ist dieser Anteil relativ gering. Also ich will nicht sagen, dass wir die nicht brauchen an den Gymnasien, aber der Schwerpunkt muss eigentlich auf dieser Gruppe liegen, weil das ein Potenzial ist, das wir für die Ausbildung noch nutzen können.

Abg. **Jessica Rosenthal** (SPD): Vielleicht noch eine kurze Frage an Sie, Herr Born. Sie haben nochmal über die überbetrieblichen Ausbildungsstätten gesprochen. Könnten Sie vielleicht auch nochmal herausstellen, was eigentlich die besondere Qualität dieser überbetrieblichen Ausbildungsstätten ist - auch aus Ihrer Erfahrung im Handwerk?

Sv **Dr. Volker Born** (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Das mache ich sehr gerne. Herr Heister hatte es schon angesprochen. Die überbetriebliche Ausbildungsstätte ist ein dritter Lernort im Handwerk. Wir stellen damit sicher, dass Ausbildungsinhalte, die uns die Ausbildungsordnung vorgibt, wenn der Betrieb sie nicht sicherstellen kann, in der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung stattfinden. Damit haben wir eine sehr breite Qualitätssicherung. Ich muss auch sagen, in der Überbetrieblichen findet natürlich auch eine Vorbereitung auf Prüfungen statt, sodass darüber auch nochmal die Qualität gesteigert wird. Das vielleicht in aller Kürze.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Stärkung der beruflichen Bildung - das ist unser Anliegen heute und morgen. Das haben Sie schon herausgestellt. Insofern möchte ich gleich *in medias res* gehen und einige der letzten



Aussagen haben mich noch etwas verwundert. Wenn wir die Zahlen der letzten Jahre angucken, insbesondere unter Corona, dann haben wir gesehen, dass der gesamte Markt, der Ausbildungsmarkt geschrumpft ist. Es gibt vulnerable Gruppen, die wir nicht verlieren dürfen. Das ist gar keine Frage. Aber können Sie aus Ihrer Erfahrung sagen, Herr Born, wo diese Schrumpfung stattgefunden hat und wo wir auch wieder etwas zurückgewinnen müssen? Denn der Markt ist insgesamt kleiner geworden. Das Überangebot ist weiterhin aufrecht erhalten geblieben, aber der Markt ist nun insgesamt kleiner - das ist der eine Punkt. Halten Sie eine Ausbildungsgarantie wie "wo Nutella draufsteht, da muss Nutella drin sein", die hier schon gefordert wurde, an dieser Stelle in irgendeiner Weise hilfreich, um diese Fehlentwicklung der letzten Jahre zu bearbeiten? Als es um die Exzellenzinitiative ging, haben wir vor einigen Jahren den InnoVET-Wettbewerb auf den Weg gebracht - alle gemeinsam mit dem Ziel, innovative Ausbildungsstrategien zu entwickeln. Ist Ihnen bekannt, dass dieser evaluiert wurde? Wurden Sie dazu mal befragt, inwieweit eine Evaluation stattfindet? Daraus könnte man lernen und für die Zukunft ableiten, was eine Exzellenzinitiativestrategie, die derzeit vorgelegt wird, sinnvoller und besser machen kann und was vielleicht einfach nur alter Wein in neuen Schläuchen ist.

Sv Dr. Volker Born (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Vielen Dank. Kurz und knapp: Marktbewertung. Wir haben eine Verschiebung des Marktes. Wir haben mehr Wettbewerbe in puncto Bildungsbereiche. Herr Heister hatte die Zahlen für die akademische Bildung. Wettbewerber bedeuten natürlich auch Aufwertung und die will ich überhaupt nicht kritisieren. Wettbewerb ist auch Aufwertung von Gesundheits- und Erziehungsberufen. Das ist völlig in Ordnung, aber es ist Wettbewerb. Wir haben als Handwerk darauf reagiert und insbesondere mit einer Zahl will ich es skizzieren: 2011 hatten wir noch knapp 6 Prozent aller Auszubildenden, die mit Hochschulzugangsberechtigung ins Handwerk gekommen sind. Wir haben das innerhalb von zehn Jahren auf knapp 16 Prozent gesteigert. Warum sage ich das? Weil, und da muss ich leider

Frau Seeber widersprechen, weil wir auch der Ansicht sind, dass dieses Klientel und damit auch die Berufsorientierung an Gymnasien wichtig ist. Ich muss einer Zahl auch widersprechen. Ich habe sie kurz mal beim statistischen Bundesamt aufgepickt. Wir hatten schon 2019 in der Ausbildung über alle Wirtschaftsbereiche 29,7 Prozent mit Hochschulzugangsberechtigung. Wir haben nicht innerhalb von drei Jahren eine Steigerung von 10 Prozent hinbekommen. Das war die Sachlage schon 2019.

Wie sieht's mit der Ausbildungsgarantie aus? Ich will mal so sagen, unseren Betrieben ist schwer zu vermitteln, eine Garantie für etwas anzusetzen, für das es eigentlich keinen Bedarf gibt, weil wenn ich die Zahlen des Bundesamts nehme - und ich muss mich auf statistische Zahlen beziehen an der Stelle, um glaubwürdig zu sein - dann haben wir einen Ausbildungsstellenüberhang seit circa 2015 und 2016. Aber die Ausbildungsgarantie ist auch stark darauf ausgerichtet, Berufsorientierung zu stärken und weitere wichtige Maßnahmen wie zum Beispiel einen regionalen Marktausgleich herzustellen. Wir begrüßen es, dass das in den Fokus genommen wird. Ein wenig hadern wir mit der Außerbetrieblichen im Grunde, weil da müssen wir sehen, wie wir sehr fein mit der Indikatorik sein sollten, die jetzt durch die Bundesagentur für Arbeit, beziehungsweise das entsprechende Forschungsinstitut erstellt wird, um hier genau und zielgerecht vorzugehen.

Zu guter Letzt – InnoVET. Wir haben InnoVET damals sehr begrüßt. Wir begrüßen, dass InnoVET jetzt in der Exzellenz auch weiterentwickelt werden soll. Evaluiert wurde nach unserer Kenntnis noch nicht. Wir sind zwar in der Halbzeit von InnoVET, würden aber eine Evaluation begrüßen, weil wir wichtige ordnungspolitische Erkenntnisse in InnoVET gewonnen haben, die gerade auch für Weiterentwicklungsaspekte, die in der Exzellenzinitiative genannt worden sind, sehr hilfreich wären. Gerade bei dem Punkt Gestaltung von Ordnungsstrukturen sind einige wichtige InnoVET-Projekte unterwegs. Ich will nur mal ein schönes Beispiel nennen: Berufsspezialist Erneuerbare Energien. Damit könnte ich gleich mehrere Politikfelder hier ausführen, wozu das hilfreich wäre. Aber der Vorsitzende wird schon nervös in puncto Zeit.



Der Vorsitzende: So schnell werde ich nicht nervös. Aber danke, Herr Dr. Born, für Ihre Antwort und damit ist das Zeitkontingent der CDU/CSU-Fraktion aufgebraucht. Ich rufe als nächste Berichterstatterin in der Runde für Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Anja Reinalter auf.

Abg. Prof. Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für Ihren Input. Ich komme auch direkt zu den Fragen, weil wir alle wissen, dass die berufliche Bildung ein ganz starker Hebel ist im Kampf gegen den Fachkräftemangel und ich hätte eine Frage an Sie, Herr Heister. Eine Hürde für die Ausbildung ist oft das Thema „Deutsch in den Prüfungen“. Also die Jungs und Mädels sind theoretisch in der Praxis oft richtig stark, aber scheitern an der Prüfung. Können Sie sich vorstellen, dass mit der Prüfungssprache Englisch mehr gegen den Fachkräftemangel getan werden könnte?

Sv Prof. Dr. Michael Heister (Bundesinstitut für Berufsbildung): Ich kann mir das vorstellen. Ich glaube aber, Sie werden in Deutschland dafür zurzeit keine Mehrheit finden. Ich glaube, die meisten sowohl auf Sozialpartnerebene, als auch in anderen Bereichen sind nicht unbedingt bereit, diesen Weg mitzugehen. Dafür braucht man noch ein paar Jahre in Deutschland, um in den Bereich Englisch reinzukommen. Aber ich wäre persönlich bei Ihnen.

Abg. Prof. Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage an Herrn Born. Sie haben die kleinen und mittleren Unternehmen angesprochen. Welche Maßnahmen finden Sie denn hilfreich, um gerade diesen mehr Unterstützung zu geben, dass sie die passenden Auszubildenden für ihre freien Stellen finden?

Sv Dr. Volker Born (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Vielen Dank. Das Wort "passend" ist ein wenig schwierig. Nicht in der Frage, sondern einerseits steigen die Anforderungen durch eine neue Ausbildungsordnung, die verabschiedet wird. Auf der anderen Seite will ich auch das eindeutige Signal hinterlassen, dass die Bereitschaft der Betriebe im Handwerk groß ist, Lerndefizite während der Ausbildung mit aufzugreifen. An der Stelle möchte ich auch die Berufsschulen hervorheben, die ein wichtiger Partner sind bei Lerndefiziten, um gerade beim Lesen, Schreiben

und Rechnen noch während den drei, dreieinhalb Jahren mit einzusteigen. Damit habe ich aber auch gleichzeitig einen wichtigen Aspekt angesprochen. Gerade aus der Corona-Pandemie müssen wir mit Lernrückständen und Lerndefiziten rechnen und umgehen. Diese münden auch in die Ausbildung. Dazu bräuchte es Unterstützung. Das wäre ein wichtiger Aspekt, auch um Sicherheit in den Betrieben zu signalisieren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt: Wir brauchen praktische greifbare Beispiele in den Schulen und da will ich keine Schulform herausgreifen. Insbesondere vor Ort müssen die Partner in der Berufsberatung und Berufsorientierung stärker vernetzt und koordiniert miteinander agieren. Wir schließen mit unseren Kammern Kooperationsverträge mit den Schulen. Da ist es viel zu aufwendig, einzelne Verträge mit jeder einzelnen Schule zu schließen. Hier braucht es eine gewisse Struktur - vielleicht als kurzes Blitzlicht.

Abg. Prof. Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch eine Frage an Herrn Becker. Im Zuge der Exzellenzinitiative soll ja auch das AFBG reformiert werden. Wie soll denn das AFBG Ihrer Meinung nach zukünftig ausgestaltet sein?

Sv Kristof Becker (Deutscher Gewerkschaftsbund): Ich bin grundsätzlich kein Experte in dem Gebiet. Das will ich sagen. Aus Sicht der Gewerkschaft ist es wichtig, Bildung kostenlos zu machen, Zugangshürden zu senken und möglichst vielen die Möglichkeit zu geben, dort einzumünden.

Abg. Prof. Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage, eigentlich an alle. Ich fange aber einfach mal mit Frau Seeber an. Und zwar ist eine Säule der Exzellenzinitiative auch die Internationalisierung. Die Internationalisierung ist aus unserer Sicht ein wichtiger Baustein, um junge Menschen für die Ausbildung zu begeistern und international heißt auch, Ausbildung ohne Grenzen zu denken. Wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, dass junge Menschen in Ausbildung ins Ausland gehen? Und wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, dass junge Menschen aus dem Ausland kommen und bei uns eine Ausbildung machen können?

Sve Prof. Dr. Susanne Seeber



(Kultusministerkonferenz): Aus meiner Sicht ist beides wichtig. Wenn wir Attraktivitätssteigerung in der beruflichen Bildung haben wollen und Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt, dann wäre es wichtig, dass Jugendliche Chancen erhalten, auch Ausbildungsbausteine im Ausland zu absolvieren. Aber genauso umgekehrt profitieren wir natürlich von Jugendlichen, die für die Ausbildung und vielleicht auch für eine berufliche Tätigkeit nach Deutschland kommen - also beides „Ja“.

Sv Prof. Dr. Michael Heister (Bundesinstitut für Berufsbildung): Das sehe ich unbedingt genauso und da hätten wir auch eine wunderschöne Verbindung zu Ihrer Frage mit den englischen Prüfungen.

Abg. Friedhelm Boginski (FDP): Ich fand es sehr spannend und sehr interessant und habe fast an alle eine Frage. Ich würde mal mit Frau Professor Seeber anfangen: Sie sind sehr meinungsstark eingestiegen in unserer Exzellenzinitiative „Berufliche Bildung“. Bei Ihren Darstellungen gibt es für mich einen Widerspruch. Auf der einen Seite sagen Sie, an den Sekundarstufe-Eins-Schulen wird eine gute berufliche Bildung gemacht. Das ist also in Lehrplänen drin. Das ist eigentlich lobenswert, was die Länder da machen. Auf der anderen Seite sagen Sie, wir wollen nicht so viel am Gymnasium haben. Das sei für Sie nicht so gut. Ich weise noch einmal daraufhin, dass wir 25 Prozent Studienabbrecher im ersten Jahr haben. Ich sage, diese jungen Leute sind nicht vorbereitet auf das Berufsleben und sie hängen dann auch irgendwie in der Luft und wissen gar nicht, was sie machen sollen. Das ist ein Widerspruch für mich. Kurze Antworten. Ich habe fünf Minuten und auch an die anderen noch Fragen.

Sve Prof. Dr. Susanne Seeber

(Kultusministerkonferenz): Ich beeile mich. Das eine ist die formale Verankerung und da habe ich gesagt, im Curriculum ist verankert, was man jetzt macht. Man muss auf die Qualität schauen, aber nicht nur bei den Gymnasien, sondern genauso bei den anderen Schulformen. Insofern ist nicht die Verankerung das Problem oder dass es keine gäbe, sondern die Qualität.

Abg. Friedhelm Boginski (FDP): Sehr interessant finde ich Ihren Hinweis auf bestimmte

Berufsfelder, wie die Erzieherinnen und Erzieher und Pflegekräfte. Das nehme ich hier wirklich auf. Ich würde gern nochmal, Herr Professor Heister, bei Ihnen nachfragen. Sie haben beschrieben, die ganze Welt schaut auf das hervorragende duale Ausbildungssystem Deutschlands, wo ich einfach denke, da haben wir auch noch viel zu tun, dass es so hervorragend ist. Gibt es dennoch Ansatzpunkte aus dem Ausland, wo Sie sagen, da können wir eigentlich noch was lernen, wenn Sie sich mit den ausländischen Gästen unterhalten?

Sv Prof. Dr. Michael Heister (Bundesinstitut für Berufsbildung): Auf jeden Fall gibt es da Varianten, wo man lernen kann. Also ich erinnere mich jetzt gerade, dass wir vor einem Jahr ein Gespräch hatten mit der norwegischen Botschaft. Die Norweger versuchen gerade mit einem relativ starken Duktus auch die zu erreichen, die Frau Seeber beschrieben hat – also diejenigen, die man kaum gegriffen kriegt. Ich glaube, das wäre ein Beispiel, wo wir in anderen Ländern noch gucken können, wie man mit solchen Gruppen umgeht.

Abg. Friedhelm Boginski (FDP): Herr Born, wir haben schon sehr oft miteinander gesprochen und haben uns über vieles unterhalten. Sie wissen ja, dass wir zurzeit die gesamte Berufsorientierung und Berufsausbildung auf verschiedene Fachministerien verteilt haben, was ich problematisch finde. Da kennen Sie mich. Da ist noch mal die Frage an Sie. Wenn wir über Berufsorientierung und Berufsausbildung reden, ist das für Sie nicht Arbeitsmarktpolitik? Oder denken Sie, dass das Bildungsministerium die führende Rolle innehaben sollte? – Punkt eins.

Die Frage Zwei würde ich dann an alle geben. Wir reden immer von "Master gleich Meister". Wie schätzen Sie den Stand ein? Kann man das so sagen oder was sollten wir tun, um das hinzubekommen?

Sv Dr. Volker Born (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Vielen Dank, da bringen Sie mich in die schwierige Situation, zwischen den Ministerien eine Aussage zu treffen, wer die Federführung innehaben sollte. Ich will versuchen, es galant zu beantworten: Die berufliche Bildung ist eine wichtige Brücke aus der Allgemeinbildung in den Arbeitsmarkt hinein. Damit brauchen wir die Perspektive A) des Arbeitsmarkts und B) der Berufsbildung, um



sinnvoll vorzugehen. Ich glaube, für das Thema Fachkräfte sicherung braucht man auch beide Perspektiven. Das wäre sinnvoll. Für uns als Sozialpartner und Umsetzer - unsere Kammern und Betriebe setzen ja das BBiG und die HwO um, über das Sie hier unter anderem entscheiden – ist es manchmal schwierig, die Balance und das Austarieren zu halten, weil natürlich die Positionierung des BMAS im Rahmen der Ausbildungsgarantie zur Berufsorientierung durchaus in mehrere Plattformen mündet. Wir werben unter anderem dafür, zu bündeln. Ich hatte das am Beispiel regional schon gesagt. Wir müssen bündeln, um gemeinsam zu Lösungen zu kommen. Deswegen werben wir unter anderem auch für die Allianz für Aus- und Weiterbildung. Jetzt befürchte ich, habe ich die Zeit für die zweite Frage nicht mehr.

Der Vorsitzende: So ist es, Herr Born. Deshalb rufe ich jetzt auf für die AfD-Fraktion Herrn Frömming.

Abg. Dr. Götz Frömming (AfD): Wenn wir uns die Geschichte des Gymnasiums angucken und seine Entwicklung, dann stellt das eine unglaubliche Erfolgsgeschichte dar. Allein in den letzten Jahrzehnten hat sich der Trend in allen Bundesländern fortgesetzt, dass immer mehr Kinder von sich aus oder weil die Eltern dahinter stehen, auf das Gymnasium drängen.

Ich frage mich - und die erste Frage würde ich gerne an Frau Professor Seeber adressieren - gibt es nicht möglicherweise einen Zusammenhang zwischen diesem fulminanten Erfolg des Gymnasiums und den Problemen, die wir im Bereich der beruflichen Bildung auf der anderen Seite haben? Denn es ist zunächst mal ein Fakt - berufsorientierte Maßnahmen hin oder her, die es auch im Gymnasium gibt, aber es sind immer nur wenige Wochen. Die meisten Schüler, die ein Gymnasium erreichen, bleiben dort erstmal viele Jahre, beginnen meistens ein Hochschulstudium und - Herr Boginski hat es erwähnt - stellen oft erst nach mehreren Semestern fest, ein Studium ist doch nicht das Richtige und wechseln dann nicht nur den Studiengang, sondern brechen ihn sogar ab. Auch hier sind die Zahlen je nach Studiengang erschreckend hoch. Frau Prof. Seeber, wie sehen Sie das? Würden Sie sich zu einem differenzierenden und differenzierten Schulsystem bekennen und wie?

Sve Prof. Dr. Susanne Seeber

(Kultusministerkonferenz): Also ich sehe das weniger problematisch. Wir haben auch Entwicklungen in den Ausbildungsberufen. Herr Born hat es gesagt - es wird anspruchsvoller, auch von den Berufen her. Wir haben Ausbildungsberufe, die von Abiturienten überwiegend auch nachgefragt werden, weil sie in Teilen sehr anspruchsvoll sind und wir haben Bemühungen um Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Insofern würde ich nicht sehen, dass die Entwicklung, die wir jetzt auf dem Ausbildungsmarkt haben, unbedingt für ein differenziertes Schulsystem spricht.

Abg. Dr. Götz Frömming (AfD): Dann würde ich gerne anschließen und Herrn Dr. Born auch nochmal fragen. Sie hatten die Berufsorientierung an Gymnasien erwähnt und gesagt, dass Sie hier Probleme sehen, was die einzelnen Kooperationen mit Gymnasien anbelangt. Ich kenne es jetzt von der anderen Seite und war einige Jahre in diesem Bereich tätig. Da muss man umgekehrt feststellen. Das Ziel ist ein sehr hehres, dass man sagt, wir wollen auch den Schülern am Gymnasium die Möglichkeit zur Berufsorientierung geben. Das wird von Schulen sehr unterschiedlich gelebt und auch das Problem, geeignete Kooperationspartner zu finden, stellt sich ganz unterschiedlich dar, je nachdem, wo die Schule sich befindet. Wenn ich diese Aufgabe habe als Lehrer in Baden-Württemberg, in einer Region mit vielen soliden Handwerksbetrieben, mit großen internationalen Unternehmen, die dort in der Nähe ansässig sind, dann ist es ein Kinderspiel, die Schülerinnen und Schüler unterzubringen. Habe ich die gleiche Aufgabe aber in anderen Bundesländern, wo ich eine andere Struktur habe, geht es mitunter gründlich schief und in der Not suchen sich die Schüler ihre Betriebe selbst. Im Zweifelsfall ist es auch mal der Imbiss des Onkels, der dann bestätigt, dass der Schüler ein Praktikum abgeleistet habe. Ich glaube, da sind wir uns einig, dass das nicht erfolgversprechend ist im Hinblick auf eine gewisse Berufsqualifizierung. Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie hier, um zu einer besseren Kooperation zu kommen?

Sv Dr. Volker Born (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Einen Aspekt hatte ich angesprochen: die Koordination vor Ort. Ein gutes Beispiel sind dafür und das hatten Sie erwähnt,



der Vorteil großer Industriebetriebe. Kleinere Handwerksbetriebe, die einzeln auf einzelne Schulen, unter anderem Gymnasien, zugehen, stemmen A) diesen Aufwand nur schwieriger und gehen B) dabei auch verloren. Deswegen haben wir über die Handwerkskammern

Kooperationsverträge geschlossen, sodass es gebündelt werden kann. Das ist ein möglicher Schritt.

Ich will aber auch kurz erwähnen, wie wir im Handwerk Struktur in die Berufsorientierung reinkriegen können und da möchte ich das Berufsorientierungsprogramms des BMBF nennen, welches es seit 2009 gab, beziehungsweise gibt und in welchem ganzen Klassenzüge in drei Wochen über die Berufsbildungszentren und die ÜBS in das Handwerk gehen. Das war auf beiden Seiten auf Sympathie gestoßen, auch bei den Lehrern und Lehrerinnen. Damit decken wir zum Beispiel auf einer gewissen Struktursystematik eine Bandbreite an Ausbildungsberufen ab. Das sollte man weiter im Fokus behalten.

Abg. **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.): Ich sag's gerade frei heraus: Wir hatten schon ein Fragezeichen, ob die Exzellenzinitiative, die dem Gedanken nach dem Wissenschaftsbereich entlehnt ist, dazu geeignet ist, die berufliche Bildung in der Breite zu stärken. Da wird argumentiert, so ein Wettbewerb entfache eine einzigartige Dynamik. Wenn wir uns jetzt aber die Wirkungen in der Wissenschaft anschauen, dann sind das ja Mehrere: Eine entfachte Dynamik ist wahrscheinlich eine, aber eben auch, dass Leuchttürme entstanden sind in einer sonst unterfinanzierten Bildungslandschaft. Es gibt ein Auseinanderdriften in der Breite und es gibt einen Druck, immer mehr Mittel einzuwerben und sich an den Wettbewerben zu beteiligen. Ich finde zumindest diese schlechten Wirkungen sollten in der beruflichen Bildung nicht wiederholt werden. Ein wichtiger strategischer Baustein sollte sein, Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu einer beruflichen Ausbildung zu bewegen. Ich finde es richtig, offensiv für die Gleichwertigkeit einzutreten und auch dafür, dass die berufliche Ausbildung nicht die B-Variante ist. Aber wie eben auch gerade schon von Herr Becker gesagt wurde mit dem Verweis auf die Bertelsmann-Stiftung: Es sind jetzt schon immer mehr Schülerinnen und Schüler mit höheren

Schulabschlüssen auf dem Ausbildungsmarkt.

Insofern ist für mich einfach die Frage, die ich gerne auch an Herrn Becker adressieren würde: Wie kommt man zu mehr Chancen für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler, für die große Zahl an ausbildunglosen Menschen, über die wir hier sprechen? Wie adressieren wir die Problematik des Substanzverlustes am Ausbildungsmarkt? Das ist mir an der Stelle noch nicht klar, weil ich Angst habe, dass mit dieser Fokussierung, die hier getroffen wird, letztendlich benachteiligte junge Menschen aus dem Fokus geraten und auch die ohnehin knappen Ressourcen für diese Gruppe dann fehlen wird. Und ich wollte eben auch fragen, ob der Gedanke der Bestenauslese dadurch noch verstärkt wird und andere Menschen in den Hintergrund geraten.

Sv **Kristof Becker** (Deutscher Gewerkschaftsbund): Vielen Dank, Frau Gohlke. Mir ist immer wichtig, zu sagen, dass das Berufsbildungsgesetz keine Zugangsvoraussetzungen zur dualen Ausbildung vorsieht. Eine duale Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz kann also jeder machen, selbst wenn er oder sie keinen Schulabschluss hat. Ich glaube, da nochmal auf die Verantwortung der Betriebe abzuzielen und klarzumachen worum geht es - das wäre spannend. Ich war in Wien letztes Jahr, um die Ausbildungsgarantie in Österreich anzuschauen und da habe ich eine überbetriebliche Ausbildung angeguckt, wo der Meister sagte: „In den ersten zwei Monaten geht es darum, pünktlich zu kommen und den Kittel richtig anzuziehen.“ Das klingt banal, aber wir machen junge Menschen in der dualen Berufsausbildung nicht fit, einen bestimmten Job zu machen in einer bestimmten Fabrik, sondern damit sie das Leben meistern und darum muss es gehen. Da sind die Betriebe in der Verantwortung. Sie ziehen sich immer weiter zurück. Sie bilden immer weniger aus. Sie behaupten, sie fänden keine jungen Menschen. Gleichzeitig haben wir Millionen von Menschen ohne Berufsausbildung - das größte Armutsrisiko in diesem Land. Irgendwas passt nicht zusammen.

Abg. **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.): Sie haben gerade das BBiG angesprochen. Die Frage der Sicherung der Ausbildungsqualität soll hier auch nochmal eine große Rolle spielen und gerade der



Ausbildungsreport der DGB-Jugend hat deutlich gemacht, wie gravierend die Mängel sind. Sie hatten auch schon darauf verwiesen in der Stellungnahme. Was braucht es konkret beim BBiG? Wie müsste eine Novellierung aussehen? Was sind die entscheidenden Stellschrauben aus Ihrer Sicht?

Sv Kristof Becker (Deutscher Gewerkschaftsbund): Dort wo es Betriebsräte oder eine Ausbildungsvertretung gibt, da ist die Ausbildungsqualität besser. Wir sollten gemeinsam schauen, dass es im BBiG mehr betriebliche Interessensvertretung gibt und die Gewerkschaften in den Betrieben vertreten sind. Auch da ist die Ausbildungsqualität besser. Das ist das Erste. Ich glaube, auch da müssen wir den Arbeitgebern auf die Finger schauen. Da brauchen wir Mechanismen, die dazu führen, dass Arbeitgeber endlich ordentlich kontrolliert werden und dass Betriebe, die nicht ausbilden, aber Auszubildende haben, nicht mehr ausbilden dürfen sowie andere Betriebe dazu gebracht werden, in die Ausbildung einzusteigen. Es braucht mehr Kontrollen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, gute Ausbildung zu machen. Da gibt es gute Ansatzpunkte im BBiG, das umzusetzen.

Abg. Nicole Gohlke (DIE LINKE.): Ich würde noch gerne wissen wollen, was Sie sagen: Was drohen für Konsequenzen, wenn wir uns jetzt nicht endlich an die Verbesserung der Situation der Berufsschulen machen?

Sv Kristof Becker (Deutscher Gewerkschaftsbund): Wir sind stolz auf die duale Berufsausbildung in Deutschland. Wenn wir das bleiben wollen, dann müssen wir die Berufsschulen besser ausstatten.

Der Vorsitzende: Ein wunderbares Schlusswort für die erste Berichterstatterinnen- und Berichterstatterrunde. Wir kommen zur Nachfragerunde und da rufe ich zunächst den Kollegen Kaczmarek für die SPD-Fraktion auf. Ich weise nochmal auf die drei Minuten hin.

Abg. Oliver Kaczmarek (SPD): Meine erste Frage geht an Herrn Heister. Herr Born hat gerade mit Blick auf den Ausbildungsmarkt davon gesprochen und mit Blick auf die Ausbildungsgarantie, dass wir einen Ausbildungsstellenüberhang haben. Das mag mit

Blick auf das gesamte Land so sein. Können Sie uns nochmal einen Einblick geben dahingehend, wie die regionale Sicht auf den Ausbildungsmarkt ist?

Sv Prof. Dr. Michael Heister (Bundesinstitut für Berufsbildung): Im Regionalen kann es oft völlig unterschiedlich sein. Wir haben welche, wo wir Überhänge haben und welche, wo es ganz anders aussieht. Wenn ich jetzt dem BMAS-Vorschlag Revue passieren lasse - er geht auch auf diese regionalen Unterschiede ein und möchte da dann auch die Schwerpunkte setzen.

Abg. Oliver Kaczmarek (SPD): Zweite Frage geht an Kristof Becker. Ich würde Sie gerne nochmal fragen, welche Rolle die außerbetriebliche Ausbildung Ihrer Meinung nach in der Ausbildungsgarantie einnehmen sollte? Warum ist Ihnen das so wichtig? Was können wir uns davon versprechen?

Sv Kristof Becker (Deutscher Gewerkschaftsbund): Erstmal ist uns wichtig, dass junge Menschen betriebliche Ausbildungsmöglichkeiten bekommen. Darauf sollte der Fokus liegen. Da sind wir uns alle einig. Wichtig ist uns aber auch, mit Blick auf 2,3 Millionen Menschen unter 35 ohne Ausbildung, dass alle jungen Menschen eine Perspektive haben, einen voll qualifizierenden Berufsabschluss machen zu können. Da sind wir in einer Situation, die nicht ausreicht, wenn wir die Betriebe nicht in die Verantwortung nehmen. Es wird so sein, dass wir dann auch außerbetriebliche Ausbildungsplätze bereitstellen müssen, immer mit dem Blick darauf, die jungen Menschen in die betriebliche Ausbildung einmünden zu lassen.

Abg. Oliver Kaczmarek (SPD): Gerne an Herrn Born die Frage: Wäre es in den unversorgten Regionen eine Möglichkeit, über den Einstieg in die Ausbildung über außerbetriebliche Ausbildungsplätze den Wechsel in die betriebliche Ausbildung zu organisieren und sind die Handwerksbetriebe darauf vorbereitet?

Sv Dr. Volker Born (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Ich glaube, das kann man kurz und knapp machen: Es gibt Maßnahmen, die in diese Richtung gehen. Wir sprechen nicht über etwas völlig Neues. Wenn außerbetriebliche Ausbildungsplätze eingeführt oder weiter



fortgeführt werden, dann wäre ein wichtiger Aspekt, kontinuierlich zu prüfen, wann ein Übergang möglich wäre. Ich glaube, auch da brauchen wir entsprechende eine Koordination, sodass eine Einmündung in den Betrieb organisiert werden kann. Ob Handwerksbetriebe vorbereitet sind, das wäre zum Beispiel ein schönes Thema für die Allianz und wie wir sowas aufstellen können. Denn dort habe ich auch die Bundesagentur für Arbeit sitzen und auch die KMK für die Schulen.

Abg. Stephan Albani (CDU/CSU): Eben fiel schon der Claim „Master gleich Meister“, das ist ein schönes Beispiel dafür, dass Pumuckl nicht recht hatte, der mal sagte, alles, was sich reimt, sei richtig. Denn dies ist falsch. Wir haben in Deutschland den Deutschen Qualifikationsrahmen, deswegen meine Frage an den Dr. Born: Würden Sie das nochmal kommentieren? Sie haben vorhin schon angedeutet - Stichwort Gleichwertigkeit - was jeder von uns hier immer gerne in den Sonntagsreden sagt, andersartig aber gleichwertig. Dazu hätte ich gerne Ihre Auffassung.

Des Weiteren haben Sie sich vorhin für eine Novelle des Aufstiegs-BAföGs ausgesprochen. Vielleicht dazu zwei Sätze, wie diese aus Ihrer Sicht aussehen sollte und es wäre schön, wenn Sie drunter bleiben, denn ich hätte noch eine Frage an Herrn Heister.

Sv Dr. Volker Born (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Vielleicht fange ich mit dem Aufstiegs-BAföG an - ganz kurz und knapp ein paar Dinge, die wir gerne vorschlagen würden.

Der erste Punkt ist: Wir haben immer noch 25 Prozent an Kosten, die durch die Lehrgangsteilnehmer und Teilnehmerinnen zu übernehmen sind. Wir haben insbesondere im Handwerk teilweise sehr hohe Prüfungskosten - bis zu 15.000 Euro im Zahntechniker-Handwerk, die durch die zu Prüfenden selbst zu leisten sind. Das ist ein Aspekt. Ein weiterer Aspekt ist, dass wir auf einer Fortbildungsstufe zwei Fördermöglichkeiten haben. Das in aller Eile.

Jetzt die Grundsatzfrage: Der DQR ist ein Instrument, mit dem wir es geschafft haben, über alle drei relevanten Bildungsbereiche eine Vergleichbarkeit der Qualifikationen herzustellen, output- und kompetenzorientiert. Das ist eine

riesengroße Leistung, die wir noch viel mehr nutzen könnten. Ich habe leider nicht genügend Zeit, um das auszuführen. Der Master und der Meister sind auf Stufe sieben beziehungsweise sechs. Aber der zentrale Punkt ist, dass wir damit Gleichwertigkeit ausweisen. Wir weisen es aber nur allgemein aus, ohne dass es gesetzlich verankert wäre. Der DQR wäre eine Möglichkeit, ein Instrument für ein Gesetz zu geben.

Abg. Stephan Albani (CDU/CSU): Meine zweite Frage an Herrn Heister. Sie hatten vorhin die außerordentliche Bedeutung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten deutlich gemacht. Ich war geschockt, als die Bundesregierung im ersten Haushaltsentwurf Kürzungen darin vorgesehen hatte. Mindestens sollte ja doch eine Konstanz gehalten werden. Sie sprachen von Nachhaltigkeit. Wie sieht in Ihrem Bereich eine vernünftige Nachhaltigkeit aus?

Sv Prof. Dr. Michael Heister (Bundesinstitut für Berufsbildung): Ich glaube, wir haben schon vernünftige Nachhaltigkeit im Bereich der ÜBS und Nachhaltigkeit ist für mich ein Thema, das wir unbedingt adressieren müssen für die ÜBS. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt, weil wir jetzt dieses Digitalisierungsthema haben. Die ÜBS haben tatsächlich, glaube ich, sehr gut ausgestattetes Digital. Das war ein super Fund für die ÜBS und ich glaube, wir müssen auch nochmal an die Frage rein, was wir in der Ausstattung und auch im Lehrerarrangement für Nachhaltigkeit tun müssen.

Abg. Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage an Herrn Heister und Frau Seeber und zwar nehme ich Bezug auf ein Schreiben vom Geschäftsführer der Handwerkskammer in Ulm, der mich anschrieb und auf das Berufsfeld des Gestalters hinwies. Er sagte, dieses Berufsfeld verschiebt sich immer mehr in den Hochschulbereich, auch weil es in den Hochschulen kostenlos ist und die Berufsakademien sehr teuer sind in der Ausbildung. Wenn wir aber zur Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung beitragen sollen, dann müssen wir die berufliche Bildung attraktiver machen. Was haben Sie für eine Idee, wie die Entstehungsprozesse für neue Prüfungsordnungen beschleunigt werden können, um Ausbildungsberufe flexibler zu gestalten?



Sv Prof. Dr. Michael Heister (Bundesinstitut für Berufsbildung): Ich bin jetzt überhaupt kein Fachmann für dieses Berufsbild des Gestalters, muss ich zugeben. Also dazu kann ich Ihnen jetzt keine Äußerung geben. Das können wir gerne im Nachgang schicken - also kein Problem. Aber da bin ich jetzt nicht drin.

Die zweite Frage mit den Prüfungen: Das ist eine ganz große Diskussion, die wir immer haben, dass Prüfungen zu lange dauern oder nicht die Prüfungen, sondern die Ausbildungsordnungen. Beispiel IT: Das alles dauert lange. Es sind eben auch wirklich langwierige Sachbearbeitergespräche, die da notwendig sind mit den Sachverständigen. Wir versuchen alles, um das möglichst in kürzeren Zeiten hinzukriegen. Das war während Corona unglaublich schwierig. Während Corona neue Ausbildungsordnungen oder Veränderungen von Ausbildungsordnungen hinzukriegen war unglaublich schwierig, weil das an technische Grenzen gestoßen ist. Da muss man schon sagen, dass es kompliziert war, aber wir versuchen es.

Sve Prof. Dr. Susanne Seeber
(Kultusministerkonferenz): Vielleicht noch eine kurze Ergänzung zu den Prüfungen: Zu der Ausbildungsordnung hat Herr Heister schon etwas gesagt. Bei den Prüfungen gibt es aus unserer Sicht schon Entwicklungsbedarf - insbesondere Prüfungen auszurichten auf die neugestaltete Ausbildungsordnung und die Kompetenzen, die dort adressiert werden. Aber hier ist ja auch ein Punkt in dem Programm vorgesehen, wo es um das Prüfungs- und Ausbildungspersonal geht, nämlich Plattformen einzurichten und Kompetenzen entsprechend zu fördern, Prüfungsaufgaben zu konstruieren und so weiter. Das sollte man dann auch in diese Richtung ausgestalten und nutzen.

Abg. Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf wollte ich hinaus. Das wäre meine zweite Frage gewesen. Aber Herr Heister, vielleicht frage ich doch nochmal nach, denn Sie erwähnen immer, dass Klimaberufe eine hohe Attraktivität für junge Menschen haben. Genau da müssen wir entsprechend für die Neuordnung der Berufe sorgen, beziehungsweise dies beschleunigen. Vielleicht können Sie etwas zu diesen Klimaberufen sagen.

Sv Prof. Dr. Michael Heister (Bundesinstitut für Berufsbildung): Ich bin tatsächlich kein Berufsgestalter. Das muss ich zugeben. Das ist nicht meine Hauptaufgabe. Ich glaube aber tatsächlich, dass man sich das bei den Klimaberufen angucken muss. Da waren ja jetzt auch dieses berühmte Beispiele mit den Wärmepumpe und anderen Varianten. Ich glaube, man muss sich das angucken und ich nehme das auch gerne nochmal mit.

Abg. Friedhelm Boginski (FDP): Ich lasse jetzt mal diesen Pumucklvergleich weg. Wir alle wollen, dass die berufliche Bildung in mindestens drei Jahren einen ganz anderen Stellenwert in Deutschland hat. Das ist unser erklärtes Ziel, nicht nur des Bildungsministeriums, sondern von uns allen. Ich würde jetzt gerne von Ihnen wissen, die ersten drei Maßnahmen, die Sie machen müssen, um auf diesem Weg vorwärtszukommen: Was würden Sie vorschlagen? Ich würde gern mit Professor Seeber anfangen.

Sve Prof. Dr. Susanne Seeber
(Kultusministerkonferenz): Eine ganz wichtige Maßnahme ist aus meiner Sicht, dass Sie die verschiedenen Initiativen, die es auf der Länder- und der Bundesebene gibt, besser miteinander koordinieren und dass die verschiedenen Akteure beruflicher Bildung auch miteinander vernetzt werden. Dann sollten auf jeden Fall innovative Konzepte für Aus- und Weiterbildung gefördert werden - auch InnoVET, würde ich sagen. Das ist etwas, was unbedingt gefördert werden sollte mit systematischer Evaluation und mit Dissemination und es sollte darauf geachtet werden, dass nicht nur am oberen Rand der Ausbildungsberufe Projekte initiiert werden, sondern wirklich breit über die verschiedenen Ausbildungsberufe hinweg, damit wir die benachteiligten Gruppen dabei erreichen. Bei adaptiven, digitalen Lernangeboten werden bisher nur 2 von 17 Projekten gefördert. Das wäre bei InnoVET eine Blickrichtung, die noch geschärft werden könnte.

Sv Prof. Dr. Michael Heister (Bundesinstitut für Berufsbildung): Der erste Punkt ist: Ausbildung und Weiterbildung - das würde ich stärker verknüpfen. Wir müssen mehr an die Weiterbildung ran. Da sind wir viel zu langsam. Das ist ein ganz wichtiger Bereich.

Zweiter Bereich: Ich bin tatsächlich der Meinung,



dass wir Berufsorientierung auch an Gymnasien verstärken müssen. Das passiert zurzeit beispielsweise in NRW. Da haben die dreimal einen Tag Berufsfeld-Orientierung. Das ist für mich aber keine qualitativ hochwertige Berufsorientierung.

Und der dritte Punkt ist: Für diese Fragen zum Master, Bachelor und Gleichsetzung zwischen wissenschaftlichem und beruflichem Bereich muss man unbedingt eine Kampagne machen, auch bei den Unternehmen. Denn letztendlich stellen die Personaler die Menschen ein und die Personaler müssen von dieser Gleichwertigkeit überzeugt werden. Wenn das nicht gelingt, wird das auch scheitern.

Sv Dr. Volker Born (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Viele Dinge, die ich absolut ähnlich sehe oder gleich sehen würde, sind schon genannt worden. Deswegen will ich vielleicht nochmal ergänzen. Das von mir genannte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz würde ich als eine sehr prioritäre Maßnahme sehen. Unterstreichen will ich das Thema Berufsorientierung absolut. Das Thema Gleichwertigkeit wäre, wie gesagt, eine gesetzliche Grundlage und ein nächster Schritt. Zum Thema Digitalisierung: Herr Heister hatte das Programm mehrfach genannt. Der Infrastrukturausbau, um die Lernorte fit zu machen, wäre ein weiterer Punkt.

Sv Kristof Becker (Deutscher Gewerkschaftsbund): Die Auszubildendenvergütung muss dringend erhöht werden. Wir sehen, dass es am Übergang von der Schule in den Beruf nicht nur der Orientierung hapert, sondern wir verlieren junge Menschen und wissen nicht, wo sie sind. Das darf nicht passieren. Jeder junge Mensch, das habe ich schon gesagt, braucht das garantierte gesetzlich verankerte Recht darauf, eine Ausbildung machen zu können, wenn er oder sie es möchte.

Abg. Dr. Götz Frömming (AfD): Ich habe aufmerksam zugehört, welche Maßnahmen die Experten empfohlen haben. Erstaunlicherweise wurde die Exzellenzinitiative der Bundesregierung jetzt gar nicht nochmal erwähnt. Deshalb möchte ich auch konkret nochmal nachfragen. Vielleicht ist es nur Zufall, dass Sie das jetzt nicht als einen wichtigen Baustein

hervorgehoben haben. Frau Professor Seeber, Sie sind Vertreterin auch für die Kultusministerkonferenz und haben eben gesagt, Sie wünschen sich eine stärkere Koordinierung der Maßnahmen. Wer sollte denn diese Koordinierung bewerkstelligen? Bei wem würden Sie hier die Federführung sehen? In der KMK, bei einem Bundesland, im BMBF?

Sve Prof. Dr. Susanne Seeber

(Kultusministerkonferenz): Ich bin nicht die Expertin für die Verwaltungsstrukturen und wie kooperiert wird, aber ich denke Bund und Länder arbeiten ja schon in verschiedenen Steuerungsgremien zusammen. Aus meiner Sicht geht es darum, die verschiedenen Maßnahmen miteinander zu verbinden und nicht Doppelstrukturen und Doppelfinanzierung zu schaffen, weil dann verpuffen auch die schmalen Mittel, die man zur Verfügung hat. Aber ich denke, da sind ja erste Dinge auf den Weg gebracht worden über gemeinsame Steuerungsgremien und die sind womöglich noch ausbaufähig.

Abg. Dr. Götz Frömming (AfD): Nun haben Bund und Ländern einzeln oder auch gemeinsam bereits in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten viele Maßnahmen auf den Weg gebracht. Eine echte Trendumkehr ist damit nicht gelungen. Wie beurteilen Sie das rein persönlich? Subjektiv mal in die Glaskugel geschaut - wird diese neue Exzellenzinitiative die Trendumkehr bewirken?

Sve Prof. Dr. Susanne Seeber

(Kultusministerkonferenz): Wir begrüßen die Initiative, aber sie muss auf breitere Füße gestellt werden in den verschiedenen einzelnen Programmpunkten, die enthalten sind - insbesondere in Bezug auf die Zielgruppen die erreicht werden sollen, aber auch in Bezug auf die Ausgestaltung der einzelnen Programmpunkte. Wir finden es schon einen wichtigen Weg, dass überhaupt die berufliche Bildung so stark in die gesellschaftliche Diskussion und auch in den Mittelpunkt der Bildungspolitik gerückt wird. Insofern würden wir das eher noch verstärken wollen und auch breiter aufeinander abgestimmt sehen - auch das, was das BMAS und das BMBF macht und die KMK an Maßnahmen vorsieht.

Abg. Dr. Götz Frömming (AfD): Eine letzte kurze Frage an Herrn Born. Sie wünschen sich mehr



Gymnasiasten auch im Handwerk. Ist damit nicht zu befürchten, dass diese die Haupt- und Realschüler verdrängen? Was bleibt dann noch für Haupt- und Realschüler?

Sv Dr. Volker Born (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Haupt- und Realschüler sind genauso willkommen wie Gymnasiasten im Handwerk. Wir mussten nur feststellen, dass die Jugendlichen eine andere Bildungswahlentscheidung in den letzten 10, 15 Jahren getroffen haben als noch vor 30, 40 Jahren. Es gehört dazu, dass wir uns auf so einen Trend als Handwerker einstellen müssen. Das heißt also: Angebote, Bildungsangebote. Wichtig für uns war zum Beispiel, das Berufsbabitur an diese für uns neue Zielgruppe zu richten und deswegen haben wir insbesondere Gymnasiasten im Blick.

Abg. Nicole Gohlke (DIE LINKE.): Meine Frage geht erstmal an Frau Doktor Seeber. Zur Stärkung der Internationalisierung soll Deutschland am geplanten OECD-Berufsbildungs-Pisa teilnehmen. Jetzt wäre meine Frage: Wie beurteilen Sie die Teilnahme daran? Welche Aspekte von so einer Studie müssen dann für Sie im Vordergrund stehen? Wie schätzen Sie das ein? Ist es möglich, diese sehr unterschiedlichen Berufsbildungssysteme gut miteinander zu vergleichen? Wie muss das angelegt sein?

Sve Prof. Dr. Susanne Seeber
(Kultusministerkonferenz): Wie man die Systeme miteinander vergleicht, hängt stark von der Indikatorik ab, die man zugrunde legt für den Vergleich. Da bin ich jetzt nicht im Detail involviert und kann es nicht sagen. Es hat eine Pilotierungsstudie gegeben und die ist schon zu dem Ergebnis gekommen, dass das machbar ist und dass man die Systeme auf der Output-Ebene durchaus miteinander vergleichen kann. Wie ertragreich dieses OECD-Berufsbildungs-Pisa sein wird, wird davon abhängen, wie viele Länder letztendlich für die Teilnahme gewonnen werden können. Es wird davon abhängen, wie die Studie selber angelegt und ausgestaltet ist. Aus meiner Sicht wäre es wichtig, zum Beispiel auch Informationen über Qualitätseinflussfaktoren zu gewinnen, damit wir aus der Studie Schlussfolgerungen für die Verbesserung der Qualität der Berufsausbildung ziehen können.

Abg. Nicole Gohlke (DIE LINKE.): Meine zweite

Frage geht nochmal an Herrn Becker. Es gibt auch die Idee, die Begabtenförderungswerke zu öffnen und das ist eine Maßnahme, die einer sehr speziellen Logik folgt, letztendlich aber erstmal keinen Beitrag dazu leistet, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Wie beurteilen Sie denn so eine Maßnahme? Und wie wäre so eine Maßnahme auch im Vergleich mit anderen eigentlich zu priorisieren aus Ihrer Sicht?

Sv Kristof Becker (Deutscher Gewerkschaftsbund): Ich habe gesagt, uns erschließt es sich überhaupt nicht, was Sinn und Zweck und was der Mehrwert dabei sein soll, die Begabtenförderungswerke zu öffnen für die berufliche Bildung. Wichtig ist, die berufliche Bildung kostenfrei zu machen, wie es die akademische Bildung ist. Das würde vielen jungen Menschen helfen, aber Sie haben Recht, das wird keinen zusätzlichen Ausbildungsplatz bringen. Es ist wichtig, nochmal zu sagen, dass jeder junge Mensch, der es möchte, einen Platz finden sollte. Dazu müssen wir die Wirtschaft in die Pflicht nehmen und im Zweifel überbetriebliche Ausbildungsplätze aufzubauen.

Abg. Jessica Rosenthal (SPD): Ich möchte kurz nochmal einordnend sagen, dass wir hier immer wieder in dem Feld der beruflichen Bildung verschiedene Trends diskutieren und es aus meiner Perspektive das Problem ist, dass oft der Fokus nur auf dem einen Trend liegt, nämlich der Frage: Was ist eigentlich mit den Leuten, die jetzt studieren gehen und stattdessen eine Ausbildung machen könnten? Deshalb will ich nochmal dazu aufrufen und ich glaube auch gerade an alle die, die in diesem Feld auch interessiert sind, dass wir wirklich die inländischen Fachkräftepotenziale heben, dass wir auch den anderen Trend berücksichtigen, nämlich die Frage: Was ist eigentlich mit denen, die im Übergang sind? Was ist eigentlich mit den Hauptschülern? Die Bertelsmann-Stiftung wurde erwähnt. Was ist eigentlich mit den Hauptschüler/-innen, die keinen Zugang zu Ausbildungsplätzen haben? Deshalb möchte ich doch nochmal an Sie auch die Frage richten, Herr Professor Heister. Sie haben vor allem diesen ersten Trend beschrieben, nämlich die Frage, was eigentlich mit denen ist, die auch studieren könnten? Das ist mir schon öfter aufgefallen, dass das BiBB vor allem da den Fokus drauflegt. Aber was sind denn Ihre



konkreten Ideen gerade für den zweiten Trend? Sehen Sie den auch in der Dramatik, wie ich ihn gerade für die SPD beschrieben habe? Welche Rolle haben da zum Beispiel auch berufsbildende Schulen, die Sie ja vielleicht auch mit im Fokus haben bei den Maßnahmen?

Sv Prof. Dr. Michael Heister (Bundesinstitut für Berufsbildung): Ich sehe den zweiten Trend genauso schlimm - ohne Frage, überhaupt keine Frage. Wir haben tatsächlich ein Riesenproblem momentan bei der Frage: Wo sind welche Menschen oder Jugendlichen geblieben? Ich nenne jetzt mal die Hamburger, weil die bei ihrer Ausbildungsberichterstattung unglaublich weit sind. Selbst die können nicht sagen, wo wir die eigentlich verloren haben. Da haben wir bei Corona wirklichen ein Minus gekriegt. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Ja, wir müssten verstärkt überlegen, was wir im Übergangsbereich tun. Das ist trendmäßig natürlich interessant. Wir waren alle so stolz bei der integrierten Ausbildungsberichterstattung. Wir haben darüber berichtet, dass der Übergangsbereich jetzt fast halbiert ist. Jetzt müssen wir feststellen, dass dieser halbierte Übergangsbereich ein harter Bereich ist, an den man ran muss. Ich mache viel mit Italien zusammen und da wird diese Frage immer ganz extrem diskutiert. Wir haben im BiBB, auch bei mir in der Abteilung, eine Website, wo wir gerade versuchen, an diesen Bereich ranzukommen und Sachen zu machen, die Jugendliche weiterbringen - zum Beispiel eine sehr angepasste Berufsorientierung für diese Gruppen. Aber ich bin total bei Ihnen. Den Trend dürfen wir auf keinen Fall vergessen.

Abg. Lars Rohwer (CDU/CSU): Ich wollte nochmal an Herrn Dr. Born eine Frage stellen. Im Vorfeld dieses heutigen Fachgesprächs habe ich mir nochmal den Enquêtebericht der beruflichen Bildung angeschaut. Darin war deutlich zu erkennen, dass wir einen Pakt brauchen. Der heutige Parlamentarische Staatssekretär im BMBF war ja Mitglied in dieser Enquête-Kommission und Herr Born hatte heute zweimal das Thema Weiterbildung im Rahmen der Zentralstelle für Weiterbildung im Handwerk gestriken. Mir hatte im Dezember meine Handwerkskammer vor Ort signalisiert, dass da ein mittlerer einstelliger Millionenbetrag gekürzt wird in diesem Bereich

und ich will von Herrn Dr. Born gerne erfahren, ob das nach wie vor so ist und was das lebenspraktisch bedeutet für das Handwerk.

Sv Dr. Volker Born (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Das war unter anderem oder betrifft unter anderem das von mir angesprochene JOBSTARTER plus Programm, in welchem die Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk eine Koordinationsfunktion hatte und wo wir sehr breit aufgestellt waren. Wir haben unter anderem Qualitätsprojekte damit organisiert und gefördert bekommen. Das bedeutet für das Handwerk und für die Lebensrealität, dass wir diese Projekte nicht mehr durchführen konnten. Wir konnten aber auch, das war damals eine sehr wichtige Möglichkeit, sehr flexibel auf aktuelle Herausforderungen reagieren. Es war ein Programm, wo wir 2013 in den Handwerkskammern, koordiniert durch die Zentralstelle für die Weiterbildung, das Thema Studienaussteiger aufgegriffen haben, weil 2013 sich das Thema zugespielt hatte und wir konnten sehr schnell Projekte vor Ort generieren, wie Studienaussteiger in die Ausbildung beziehungsweise Fortbildung einmünden konnten. Das war ein wichtiges Flexibilitätsinstrument, was uns sehr geholfen hat.

Abg. Lars Rohwer (CDU/CSU): Das heißt aber, wenn ich Sie richtig verstehe, dass es jetzt auch kein Signal gibt, dass es damit weitergeht. Denn ich hatte im Dezember im Gespräch mit meiner Handwerkskammer das Gefühl, wir müssen vielleicht erstmal den Haushalt abwarten. Der ist erst beschlossen worden kurz davor. Gab es denn jetzt wieder Kontakte und Gesprächsebenen, um etwas fortzuführen oder bleibt es bei der Kürzung?

Sv Dr. Volker Born (Zentralverband des Deutschen Handwerks): Aktuell stelle ich fest, dass es dabeibleibt. Deswegen habe ich heute in diesem Kreis auch den Appell mit hineingegeben, sich dieses Programm nochmal anzuschauen. Das war hilfreich und das würde ich gerne noch mal unterstreichen an dieser Stelle.

Der Vorsitzende: Noch Fragen? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Nachfragerunde und habe jetzt vor allem noch die Aufgabe, den Expertinnen und Experten ganz herzlich Danke zu sagen im Namen des gesamten Ausschusses - an



Kristof Becker, DGB Bundesjugendsekretär, Dr. Volker Born, Zentralverband des deutschen Handwerks, Professor Dr. Heister für das Bundesinstitut für Berufsbildung und Frau Professorin Dr. Seeber für die Kultusministerinnenkonferenz. Ganz herzlichen Dank für Ihre Antworten, für Ihre Zeit, für Ihren Sachverstand, für's gemeinsame Mitdenken. Das trägt sicherlich dazu bei, dass wir die Exzellenzinitiative für berufliche Bildung noch besser und erfolgreicher aufsetzen können und damit einen weiteren Baustein zur Förderung der beruflichen Bildung in unserem Land hinbekommen. Ganz herzlichen Dank an Sie und auf Wiedersehen.

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Planbarkeit und Verbindlichkeit in den Programmlinien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sicherstellen

BT-Drucksache 20/4306

Abg. **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.) erläutert zum Hintergrund des Antrags, dass das BMBF durch vertraglich festgelegte Aufwüchse bei außeruniversitären Einrichtungen Einsparungen von rund 100 Millionen Euro zu erzielen gehabt hätte. Daneben sei der Haushalt des BMBF nur um 0,9% angewachsen. Man habe den Eindruck, das BMBF habe die nötigen Einsparungen willkürlich auf diverse Ausgabeposten verteilt. Im Zeitraum der Einsparungen seien Projektanträge nicht bearbeitet, mündliche Verlängerungszusagen nicht eingehalten und Projektleitungen vertröstet worden. Das betreffe wichtige Projekte und Förderlinien wie „Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus“, „Gesellschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie“, das BioToP-Programm, die Erforschung der kulturellen Vielfalt und des kulturellen Erbes sowie die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika. Das BMBF habe keine Kriterien zur Auswahl der betroffenen Projekte, der Entscheidungsbefugnis-se oder des zeitlichen Horizonts gegeben. Nach per E-Mail ergangener Zusage sei teilweise vier Wochen nach Projektstart verkündet worden, dass ein

wesentlicher Teil der Forschungsprojekte doch nicht gefördert werden könne; bei anderen Projekten verspäte sich der Start um acht Monate. Das BMBF habe im Juli in einer sich selbst lobenden Pressemitteilung erklärt, dass trotz schwieriger Haushaltsslage einige Projekte in vollem Um-fang, andere wenigstens zu 50% weitergefördert würden. Eine Förderung auf gleichbleibendem Niveau bedeute angesichts der Preisentwicklungen im Jahr 2022 eine Mittelabsenkung.

Die Gemeinschaft der Forschenden empöre dieser intransparente Umgang des BMBF. Unter Abweichung von lang geübter Praxis habe das BMBF die Öffentlichkeit ausgeschlossen und sich auf den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung berufen. Die Fraktion DIE LINKE. fordere einen grundsätzlich offenen, fairen Umgang mit Fördermitteln und Antragsstellenden. Betroffene berichteten, viele Vorgänge basierten auf „Gebrauchsrecht und Usus“ sowie mündlichen Vereinbarungen. Das verstärke die Unsicherheit und die Abhängigkeit der Forschenden. Die letzte Forderung im Antrag nach Mitteln für Projektträger zur Bewältigung des administrativen Aufwands gehe daher noch über die Forderungen aus der Forschungscommunity hinaus.

Abg. **Oliver Kaczmarek** (SPD) stellt fest, dass die Kommunikation über die Bewilligung von Forschungsvorhaben nicht gut verlaufen sei. Dennoch sei der Antrag von November 2022 heute unzeitgemäß, denn er beziehe sich auf Ereignisse aus dem Juli 2022. Er glaube, das BMBF habe seinerseits bereits wichtige Lehren gezogen. Man könne zum bewährten Verfahren zurückkehren.

Wichtig für die Bewilligung von Forschungsvorhaben seien die Verlässlichkeit und Absehbarkeit von Förderungen, ein hohes finanzielles Niveau und transparente, kommunikative Verfahren. Der Bund sei sich seiner Verantwortung bewusst und stelle, das gelte auch für das betreffende Jahr 2022, das finanzielle Niveau sicher. Das Problem habe in der Transparenz und im Vertrauen gelegen. Es habe Unklarheiten gegeben, wann eine Förderzusage ergehe oder wie die Kommunikation mit den Antragsstellenden auszugestalten sei. Die Abweichung vom bewährten Verfahren, der positiven Begutachtung und der Vorbereitung auf



die Förderzusage, habe zu diesen Schwierigkeiten geführt. Dem BMBF sei es gelungen oder werde es zumindest gelingen, die nötige Transparenz herzustellen. Das bewährte Verfahren, dass nach einer positiven wissenschaftlichen Begutachtung dem BMBF das letzte Wort zustehe, solle beibehalten werden. Auf die Bedingungen an den Hochschulen und Institutionen müsse Rücksicht genommen und entsprechende Vorbereitungen wie beispielsweise Stellenpläne getroffen werden.

Die Verfahren müssten wissenschaftsgeleitet und wettbewerblich geführt werden. Zwar begrüße die SPD-Fraktion Erleichterungen beispielsweise bei der Registrierung; das Forschungsvorhaben müsse aber weiterhin plausibel dargelegt und einer unabhängigen Begutachtung unterzogen werden. Es sei wichtig, dass auch Anträge abgelehnt werden könnten, wenn erforderliche Voraussetzungen nicht erfüllt würden. Aus der unabhängigen Begutachtung resultiere ein Vertrauensschutz, weshalb die Forderung nach Veröffentlichung nur teilweise nachvollziehbar sei.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU) erklärt, die Willkür in der Entscheidungsfindung verursache das Problem. Die Ministerin und das Ministerium seien nicht nur dazu berechtigt, Schwerpunkte zu setzen und zu verändern; eine neue Schwerpunktsetzung könne in der Politik notwendig sein. Es habe nur an der erforderlichen Kommunikation gefehlt. Die Bundesregierung und die Ministerin müssten transparent schildern, aus welchen Beweggründen Dinge anders priorisiert würden. So einen Prozess vermisste er. Es sei seitens des BMBF teilweise bestritten worden, dass es Kürzungen gegeben habe. Bis heute fehle es an einer Richtigstellung und einem Eingeständnis der begangenen Fehler. Sein Vertrauen in die Reflexion des BMBF sei deshalb gering und der Antrag zeitgemäß.

Ein Beispiel für fehlende Transparenz und Willkür sei die Kürzung des Budgets der Leopoldina im Haushaltsentwurf, wohingegen die meisten Wissenschaftseinrichtungen eine Steigerung um 3% erfahren würden. Die Leopoldina leiste bezüglich Corona und der Energiewende wichtige Arbeit. Es sei richtig, dass die vorgesehene Budgetkürzung im Haushaltsentwurf korrigiert worden sei. Der Entschluss zur Kürzung des Budgets der

Leopoldina sei intransparent und lasse keine Logik erkennen.

Die CDU/CSU-Fraktion würde dem Antrag bis auf Punkt 6 zustimmen. Nötig sei aber eine Reduktion der Forschungsbürokratie und kein Aufblähen der Projektträger. Deshalb enthalte sich die Fraktion

Abg. **Laura Kraft** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, die missglückte Kommunikation habe zu sehr viel Verunsicherung in der Wissenschaftscommunity geführt. Man sei froh, dass man das Geschehene evaluiere, um zur bewährten, verlässlichen Struktur zurückzufinden. Transparenz und Verlässlichkeit seien für die Wissenschaft das Wichtigste. Eine generelle Unsicherheit erwachse schon daraus, dass die Antragstellenden zu Beginn ihrer Bewerbung nicht wüssten, ob ihr Projekt bewilligt werde oder nicht. Die mangelnde Planbarkeit in wissenschaftlichen Projekten sehe man auch an den Beschäftigungsverhältnissen und sei generell bekannt.

Forschungsförderung sei eine Investition in die Zukunft des Landes. Die geführte Debatte sei daher wichtig und gut. Man habe sich bereits für transparente Verfahren eingesetzt und das BMBF habe sich den Vorgang angeschaut. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier hätten ihrerseits Konsequenzen gezogen und in der Bereinigungssitzung sichergestellt, dass entsprechende Projekte angeschaut würden und Fördergelder eingeflossen seien. Abschließend sei es ihr wichtig, die starke Rolle der Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch in kommenden Haushaltsverfahren deutlich zu machen.

Abg. **Prof. Dr.-Ing. habil. Michael Kaufmann** (AfD) erläutert, das Thema habe auch in der Vergangenheit einigen Ärger verursacht. In dieser Debatte handle es sich jedoch um einzelne Fälle, in denen sich Antragssteller - zu Recht - wesentlich benachteiligt fühlten. Das sei zu wenig für einen solchen Antrag. Das BMBF habe das Recht, Antragsbedingungen zu ändern. Die Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren sei dafür nicht von Belang. Es gehe um Steuergelder und allein deshalb seien höchste Anforderungen an Effizienz, Verlässlichkeit und Transparenz der Projektvergabe zu stellen. Grundsätzliche Änderungen der Vergabepraxis sollten aber nicht



auf Einzelfällen, sondern auf umfassenden Analysen beruhen. So beseitige man nachhaltig Schwachstellen. Einer auf umfassenden Analysen beruhenden Initiative würde sich die AfD-Fraktion gerne anschließen, um die Vergabepraxis zukünftig effizienter, transparenter und verlässlicher zu machen. Bei dem gestellten Antrag werde sich die AfD-Fraktion indes enthalten.

Abg. Ria Schröder (FDP) hebt hervor, dass die Wissenschaft von der Projektförderung lebe, man sich auf Zusagen verlassen können müsse sowie die Transparenz und Verlässlichkeit notwendig aber auch gegeben seien. Man sei sich der großen Bedeutung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für die Bewältigung der Herausforderung heute und in der Zukunft sehr bewusst. Man schätze die Arbeit der Wissenschaft und wisse, gerade auch durch die Covid-19-Pandemie, wie viel den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler abverlangt werde. Sie sei kürzlich zu einem Temin am Beratungszentrum für Soziales und Internationales des Studentenwerks Hamburg in ihrem Wahlkreis in Hamburg gewesen. Dort wurde ihr eindrücklich berichtet, welche Schwierigkeiten wegen der Covid-19-Pandemie auch für den Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bestanden hätten und welche Doktorarbeiten dadurch verzögert wurden. Man habe auch gleichzeitig erlebt, dass in vielen Fällen mit Kreativität, einem außerordentlichen Engagement und viel Intelligenz viele Probleme bewältigt wurden. Die FDP-Fraktion habe dafür großen Respekt. Man finde die Behauptung, dass die Bildungsministerin oder jemand anderes im Bundesministerium für Bildung und Forschung die Leistung, die in der Wissenschaft erbracht wurde, nicht wertschätze, dreist und sie entbehre jeglicher Grundlage. Stabilität und Planungssicherheit seien für die Wissenschaft, in der Forschungsvorhaben naturgemäß einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, ein hohes Gut und die FDP-Fraktion bekenne sich dazu. Eine neue Bundesregierung müsse auch neue Schwerpunkte setzen dürfen.

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu Förderprojekten wird ausgeführt, dass Förderprojekte eine klar definierte Bearbeitungszeit, die bei der Genehmigung

festgelegt werde, hätten. Die Bearbeitungszeiten seien grundsätzlich einzuhalten. Sie könnten in Ausnahmefällen, wie beispielsweise während der Covid-19-Pandemie, verlängert werden. Die Projekte seien oft durch Arbeitspakete gekennzeichnet, die dann abgearbeitet und den Projekterfolg definieren würden. Das bedeute, dass nach Auslaufen eines Projektes ein Folgeprojekt beantragt werden müsse. Aus einem erfolgreichen Abschluss eines Projektes ergebe sich nicht automatisch der Anspruch auf eine Weiterförderung. Dies sei zwar häufig der Fall, sei aber kein Automatismus, was wichtig zu betonen sei. Es sei immer wieder der Fall, dass es von Projektträgern mündlich zu positiven Andeutungen zur Weiterförderung komme. Jedoch sei dies keine verlässliche Rechtsgrundlage. Nur der Bewilligungsbescheid erlaube, dass Verträge geschlossen werden können. Der FDP-Fraktion sei klar, dass es da zu Irritationen und Unsicherheiten gekommen sei. Dies solle nicht wieder vorkommen. Ihr sei wichtig zu betonen, dass heutzutage eine Haushaltsslage bestehe, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Koalitionsvertrages nicht absehbar gewesen und deswegen an vielen Stellen eine andere Ausgangslage als in der Vergangenheit vorhanden sei. Insbesondere sei deswegen die sechste Forderung aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. nicht zielführend. Es könne nicht an einer Stelle neue Ressourcen verlangt werden, während an vielen anderen Stellen Einsparungen vorgenommen werden müssen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung sei auf die Irritation eingegangen. Es habe viele klärende Gespräche gegeben, die letztendlich dazu beigetragen hätten, dass die Behauptung eines eingetretenen Vertrauensverlustes so nicht stehen bleiben könne, auch wenn die Opposition, insbesondere die Fraktion DIE LINKE. und auch die CDU/CSU-Fraktion das gerne behaupteten. Die FDP-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen

PStS **Dr. Jens Brandenburg** (BMBF) hebt hervor, dass die Missionen als Forschungsschwerpunkte der Bundesregierung beziehungsweise konkret des Bundesministeriums für Bildung und Forschung schon im Koalitionsvertrag festgelegt wurden. Auch die aktuelle Lage im Zuge der Zeitenwende



hat einiges, wie zum Beispiel das Thema Nachhaltigkeit im Energiebereich nochmal verstärkt. Die Frage des Transfers betreffe sowohl die grundlagen- als auch die anwendungsorientierte Forschung. Es sei ein Miteinander und kein Gegeneinander.

Die Bundesregierung stellt klar, dass keine laufenden Projekte gekürzt worden seien. Er widerspreche ausdrücklich der öffentlich immer wieder aufkommenden Behauptung diesbezüglich. Es gebe kein laufendes oder bereits zugesagtes Projekt, was aus Kostengründen durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gestrichen oder gekürzt wurde. Es sei eine Lage übernommen worden, in der in den Jahren vor der Zeitenwende zum Beispiel immer aufwachsende Haushalte zur Verfügung gestanden hätten. Dadurch seien viele Erwartungshaltungen, aber auch Hoffnung auf beispielsweise Anschlussfinanzierungen und Aufstockungen, geweckt worden. Diese Anschlussfinanzierungen oder Aufstockungen hätten in einer Zeit, in der immer wieder neue Zusatzeinnahmen im Haushalt dazu gekommen seien, funktioniert. In der Zeitenwende funktioniere das jedoch nicht mehr. Die Bundesregierung betont, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Enttäuschung vieler, die trotz ihrer Hoffnung keinen Bescheid für ihre neuen Projekte erhalten hätten, nachvollziehen könne.

Zur Frage der Kommunikation führt die Bundesregierung aus, dass es zwar wünschenswert gewesen wäre, wenn das Bundesministerium für Bildung und Forschung teilweise früher Aussagen getroffen hätte. Jedoch sei es gerade in dieser Situation förderlich gewesen, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung nicht vorschnell Aussagen getroffen habe. Es habe „jeden Stein umgedreht“, um tatsächlich alles weitestgehend zu ermöglichen. Es wird klargestellt, dass beispielsweise die von der Fraktion DIE LINKE. angesprochene Rassismus- und Rechtsextremismusforschung finanziell fast vollständig weiter so ermöglicht werde, wie es vor der Zeitwende vorgesehen wurde. Durch die schwierige Haushaltslage sei dies in der Schwebe gewesen. Zudem betont die Bundesregierung, dass es in der Debatte um abgelehnte Einzelfälle ginge und etwa 28.000 Projekt-förderungen derzeit

vorhanden seien.

Ein Teil des Antrages der Fraktion DIE LINKE. betreffe auch administrative Punkte, die die Bundesregierung ausdrücklich unterstütze. Es gehe beispielsweise um die Vereinfachung des Verfahrens und wie es noch transparenter gestaltet werden könne. Dafür betrachte die Bundesregierung aktuell die Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung insgesamt. Es stehe eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes an, die einige von der Fraktion DIE LINKE. in ihrem Antrag angesprochene Punkte wie zum Beispiel die Karriereplanung beträfe. Dies werde in Kürze dem Parlament auch vorgelegt.

Die Bundesregierung lehne die Forderung der Fraktion DIE LINKE. bezüglich der pauschalen Zurverfügungstellung von zusätzlichen Mitteln an Projektträgern ab. Die Bundesregierung habe dafür keinen parlamentarischen Auftrag und erlebe, insbesondere im Haushaltsausschuss, einen fraktionsübergreifenden Konsens, dass sie bezüglich einer solchen Zurverfügungstellung von Mitteln sehr sparsam mit den Steuermitteln umsehen solle. Diesbezüglich werde regelmäßig aus mehreren Fraktionen genau der Finger in die Wunde gelegt. Die Bundes-regierung sorge für eine angemessene und ausreichende Ausstattung, aber habe auch den klaren Auftrag des Bundestags, da sehr genau hinzuschauen.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU) hebt hervor, dass es einen klaren Widerspruch zwischen der Aussage der Bundesregierung und der der Bundesministerin für Bildung und Forschung gebe. Die Bundesregierung habe zuvor gesagt, dass die Haushaltssmittel in Zeiten der Zeitenwende knapper wurden. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung habe dagegen jedoch im Plenum erklärt, dass es einen Aufwuchs des Haushalts gebe. Daher sei aufzuarbeiten, wie sich diese beiden sehr unterschiedlichen Aussagen übereinander bringen lassen.

Im Rahmen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sei festgelegt, dass gerade bei Drittmitteln Teams auf Projekten säßen, die befristet seien. In diese Projekte, die aus mehreren Modulen bestehen und fortgesetzt werden, brauche es frühzeitig eine Indikation für die Forschenden, damit sie diese Verträge verlängern könnten. Das lasse sich nicht



bewerkstelligen innerhalb von wenigen Tagen bewerkstelligen, sondern werde in der Regel einen Vorlauf von mehreren Monaten haben. Daher sei die Verfahrensweise üblich, dass es vorher eine mündliche Ankündigung gebe. Daraufhin werden Verträge mit denjenigen verlängert, die am Projekt arbeiten. Dadurch werde ein nahtloser Übergang bis zum Erhalt der schriftlichen Bewilligung erreicht. Diese Zuverlässigkeit sei für die Forschenden eine sehr wichtige Grundlage, damit man die Vertragslaufzeiten schlussendlich mit den Projektbewilligungen zusammenbekomme. Dies sei der Kern des Problems bezüglich der Kommunikation gewesen.

Die von der Bundesregierung beschriebenen Missionen seien alle in der Zukunftsstrategie enthalten. Der Rahmenplan für die Forschungsvorhaben in den nächsten Jahren sei ein „Gemischtwarenladen“. Beispielsweise sei die Mission „Ressourceneffiziente und wettbewerbsfähige Industrie und nachhaltige Mobilität ein „Gemischt-warenladen“.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF) führt aus, dass eine ausführliche Beratung im Parlament zur Zukunftsstrategie anstehe. Die CDU/CSU-Fraktion habe nicht Recht mit der Aussage, dass ein Widerspruch zwischen der Einschätzung des Haushaltes durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung und durch ihn selbst bestehe. Die Bundesregierung habe einen Haushalt übernommen, der in der Finanzplanung der Vorgängerregierung immer kleiner hätte werden können. Der Haushalt wäre dann unter 20 Milliarden Euro gesunken. Der derzeitigen Bundesregierung sei es gelungen dafür zu sorgen, dass Bildung und Forschung ein Etat erhalte, der wieder moderat anwachse. Dies sei hilfreich, da die Bundesregierung nicht nur einen sinkenden Finanzplan übernommen habe, sondern zusätzlich noch einige ungelöste finanzielle Risiken. Das werde im Haushaltsausschuss zu Recht immer sehr ausführlich diskutiert. Dazu komme auch, dass insbesondere neue Förderlinien zum allergrößten Teil in den Finanzplänen der Vorgängerregierung leider nicht finanziell hinterlegt wurden. Das sei die Ausgangslage.

Der Bundesregierung sei völlig bewusst, wie das im Wissenschaftssystem laufe. Ein Teil der öffentlich diskutieren Projekte seien nicht in

dieser Situation gewesen, sondern hätten tatsächlich etliche Monate bis zu einem dreiviertel Jahr Vorlauf für solche Entscheidung gehabt. Es habe in der Tat auch einzelne Projekte gegeben, die kurzfristig davon betroffen seien. Deshalb sei es der Bundesregierung in dieser Situation wichtig gewesen, bei dieser Haushaltsslage so viel wie irgendwie möglich zu finanzieren. Dies sei größtenteils gelungen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE, bei Enthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/4306.

Tagesordnungspunkt 4

Ausschussinterne Vereinbarungen zur Inneren Organisation des Ausschusses in der 20. Wahlperiode

Ausschussdrucksache 20(18)1neu

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Annahme der Ausschussinternen Vereinbarungen auf Ausschussdrucksache 20(18)1neu.

Tagesordnungspunkt 5

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Nationale Moorschutzstrategie

BT-Drucksache 20/4427

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf Drucksache 20/4427 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6

a) Gesetzentwurf des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung digitaler Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht

BT-Drucksache 20/2532

b) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU

Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung



**digitaler Mitgliederversammlungen im
Vereinsrecht**

BT-Drucksache 20/4318

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Schluss der Sitzung: 12:33 Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender

Verweis auf das Anlagenkonvolut